

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

*Begrenzung der Zuwanderung –
existenziell für die Schweiz*

2

Virus Antisemitismus

12

Schlimmer als der Brexit

17

Ein «Einheimischer» am Sustenpass
Bild: Verena Magnani, Bülach ZH



Wie viele Bürger bzw. Ausländer verkraftet unser kleines Land?

Die Begrenzung der Zuwanderung ist existenziell für die Schweiz

von Thomas Minder, Unternehmer, Ständerat, Neuhausen am Rheinfall SH

2018 lebten in der Schweiz 8'544'527 Personen. Letztes Jahr sind 170'000 Personen eingewandert und 130'000 ausgewandert, also netto 40'000 zugewandert. Der Ausländeranteil betrug 2018 in der Schweiz 25,1 Prozent. Kein Nachbarstaat beherbergt so viele Ausländer wie wir: In Österreich sind es 19 Prozent, in Deutschland 16 Prozent, in Frankreich 12 Prozent und in Italien 10 Prozent. 1970 hatte die Schweiz eine Million Ausländer, heute sind es zwei Millionen.



Die grosse Frage, die wir uns heute alle stellen sollten, wenn wir über Migration und die Begrenzungs-Initiative sprechen, lautet: Wie viele Bürger und Bürgerinnen wollen wir überhaupt in unserem Land? Wollen wir drei Millionen Ausländer? Ist das das erstrebenswerte quantitative Ziel der Schweiz?

Fehlende Migrationsstrategie

Für mich jedenfalls beherbergt die Schweiz genug Bewohner. Die negativen Auswirkungen der viel zu intensiven Zuwanderung und Migration sind längst erreicht. Weil das Volk dies auch so sieht – und weil der Bundesrat keine nachhaltige Migrationsstrategie besitzt – hat es am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» gutgeheissen.

Obwohl Australien sehr viel mehr Fläche pro Einwohner als die Schweiz zu bieten hat, verfügt der Kontinent über eine klare Migrationsstrategie. Die Führungspersonen haben erkannt, dass dieses Thema der Weitsichtigkeit der Regierung bedarf und die Zuwanderung nicht einfach dem Einwanderer selbst überlassen werden darf. In der kleinen Schweiz jedoch überlässt der Staat die Migrationsstrategie diversen anderen Akteuren: dem Ausland,

der EU, der Wirtschaft, den NGO, der Uno. Gerade ein erfolgreiches Land wie die Schweiz – mit hohem Lohnniveau und guten Sozialleistungen – müsste erst recht eine nachhaltige Migrationsstrategie haben – allein schon deshalb, weil wir ein kleines Land sind, in welchem die bebaubare Fläche limitiert ist.

Personenfreizügigkeit, ein untaugliches Modell

Noch immer glauben einige, die Personenfreizügigkeit mit der EU sei ein taugliches, nachhaltiges Modell. Warum wohl ist Grossbritannien aus diesem Club ausgestiegen? Weil der freie Personenverkehr für ein solch entwickeltes und attraktives Land früher oder später mehr negative als positive Effekte zeigt; so simpel und einfach ist das. In Dänemark hat die Regierung kürzlich 28 Ghettoviertel definiert. Da wäre ich nicht überrascht, wenn es auch dort bald knallen und einen Exit aus der EU geben würde. Das dänische Gesetz geht sogar so weit, dass Sozialwohnungen abgerissen werden, um die Ghettobewohner umzusiedeln – dies, um Parallelgesellschaften zu vermeiden.

Und die Schweiz? Dass die Masseneinwanderungs-Initiative nicht umgesetzt ist und dadurch die Bundesverfassung krass verletzt wird, wissen wir alle. Die RAV-Meldepflicht mit ihrer 8-Prozent-Hürde ist ein Witz und ein Affront gegenüber allen Arbeitslosen. Dieses Bürokratiemonster ist keine Bremse der ungewollten Zuwanderung. Wir haben beispielsweise x tausend arbeitslose Portugiesen in der Schweiz, v.a. in der Bau- und Gastrobranche. Aber dieselben Branchen dürfen weiterhin ausländische Arbeitskräfte hereinholen.

Importierte Arbeitslosigkeit

Die blanken Zahlen sprechen für sich. Im Oktober 2019 hatte die Schweiz gemäss Seco eine Arbeitslosenquote von 2,2 Prozent. Die Schweizer – also Personen schweizerischer Nationalität – wiesen eine solche von 1,6 Prozent auf, die Ausländer eine von 3,8 Prozent. Verglichen mit Schweizern sind also doppelt so viele Ausländer arbeitslos. Mit anderen Worten: Mit der Personenfreizügigkeit importieren wir die Arbeitslosigkeit; die Zahlen sprechen für sich. Noch ein paar weitere Zahlen zu arbeitslosen Ausländern: EU-28: 3,3 Prozent; Europa (Nicht-EU-Ausländer): 4,7 Prozent; Asiaten: 4,2 Prozent; Afrikaner: 7,8 Prozent. Wohlverstanden: Alle Zahlen gelten für eine nach wie vor gut laufende Wirtschaft. Mir graut schon jetzt davor, wo



**Murmeltiersalbe
von Exmonte**
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

diese Arbeitslosenzahlen stehen werden, wenn es einmal zu einem konjunkturellen Einbruch kommt

Die negativen Elemente einer unkontrollierten Einwanderung sind omnipräsent und nehmen stark zu: Zersiedelung, Kampf um Arbeitsplätze, Kampf um hohe Löhne, Arbeitslosigkeit von über 50-Jährigen, Jugendarbeitslosigkeit, Explosion der Infrastrukturkosten, grenzüberschreitende Kriminalität, Dichtestress, Verdrängung der einheimischen Arbeitskräfte, Pendlerströme, überfüllte Züge, Trams und Busse, verstopfte Strassen, leidende Transportunternehmen, Verlust von Werten und Traditionen, Parallelgesellschaften, Explosion der Sozialhilfe- und Unterstützungskosten, hohe Boden- und Immobilienpreise, trotz Tiefzinsen steigende Mieten und vieles mehr.

Migration als grösste Gefahr

Das WEF von Gustav Schwab erarbeitet jedes Jahr eine weltweite Gefahrenkarte. Und was steht dort zuoberst? Die Migration! Wir Parlamentarier und insbesondere der Bundesrat sind daher gut beraten, uns subito einer Migrationsstrategie für die Schweiz zu widmen. Ich finde es schlimm, wenn ein souveräner Staat nicht einmal mehr seine eigene Zuwanderung steuern und kontrollieren will und nicht einmal mehr die Anzahl Ausländer in seinem eigenen Land bestimmen darf.

LACHEN VERBOTEN!

De Füsilier Storzenegger hät schüüli schlächt gschosse. De Oberlüttnand brölet en aa: «Hee, Storzenegger, wohee schüsseder?» «I ha kä Ahnig, i bi nöd vo dere Gegend!» mänt de Storzenegger.



Fehlkonstruktion korrigieren

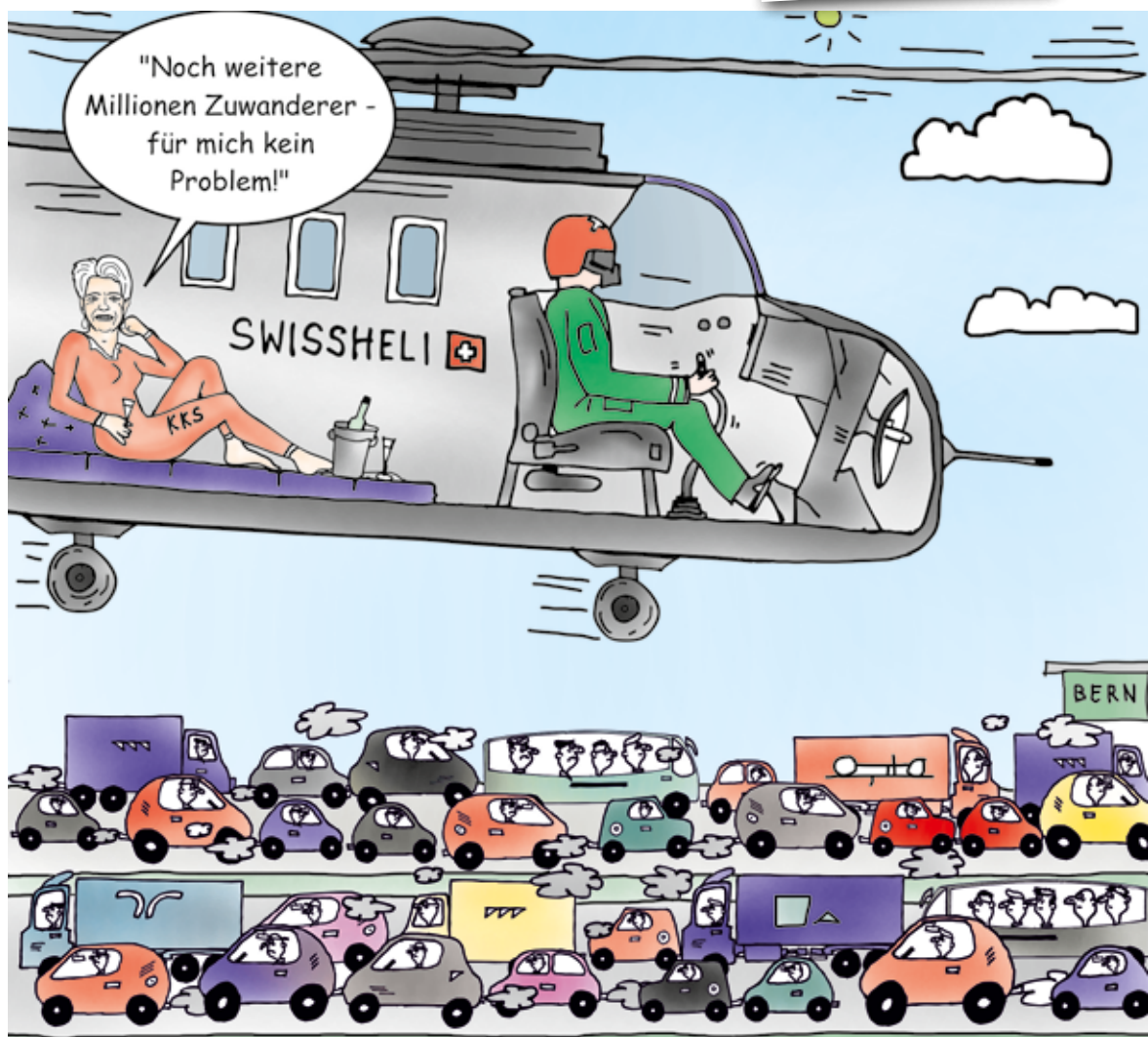
Das Volk hat der Fehlkonstruktion der Guillotine-Klausel (schöngeredet durch den Bundesrat – die Red.) zugestimmt. Das war ein grosser Fehler, den es mit dieser Initiative zu korrigieren gilt. Ich kenne kein einziges Land, welches ein Freihandelsabkommen gleichzeitig an eine Personenfreizügigkeit gekoppelt hat. Mit der Begrenzungs-Initiative wird dieses Fehlkonstrukt, diese Guillotineklausel, endlich geköpft. Wäre diese Verknüpfung wirklich das Ei des Kolumbus, so würden wir bei Abkommen mit anderen Ländern diese Verknüpfung kopieren. Dem ist aber nicht so. Nie würde es uns in den Sinn kommen, bei einem Freihandelsabkommen mit China oder Indonesien nach einer Personenfreizügigkeit zu fragen.

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007, also innert 13 Jahren, hat die Bevölkerung der Schweiz

Fortsetzung auf Seite 4

Die Sicht der Frau Bundesrätin

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



Die grösste Indoor-Spielwelt der Schweiz

Dechungenl-Themenwelt

Perfekt für deine Geburtstagsparty

Hochseilgarten

Wohlfühlambiente für die Eltern Männerzimmer

Erlebe eines der grössten Spielzimmer Europas

Mega-Klettergerüst – Klettere in 15 Metern Höhe!

Europas grösster Donutglider – 70 Meter in die Tiefe rauschen!

Modernste Trampolinkalle der Schweiz

u.v.m.



Folge uns auf Social-Media



Kiddy Dome | Hauptstr. 52 | CH – 4938 Rohrbach
info@kiddydome.ch | www.kiddydome.ch
Tel. 062 5880346 (Mo-Fr 10-13:00)

um eine Million zugenommen, im Durchschnitt also jährlich um über 70'000 Personen, also vergleichsweise um die Stadt St. Gallen – und dies Jahr für Jahr! Da muss man wahrlich kein Prophet sein, um zu erkennen, dass eine derart starke Zuwanderung unser Land früher oder später vor gewaltige Probleme stellt. Spätestens bei einem Konjunktureinbruch und/oder höheren Zinsen knallt es ganz gewaltig! Wachstum – egal, welches Wachstum, ob jenes der Bevölkerung oder jenes der Wirtschaft – hat Grenzen und negative Auswirkungen: hohe Arbeitslosigkeit, teure Immobilien und Mieten, allfällige höhere Zinsen, gekoppelt an eine Wirtschafts- oder Immobilienkrise.

Ich erinnere an dieser Stelle an all die Zahlen, welche insbesondere unsere Wirtschaftskapitäne nicht gerne hören, weil ihnen der Zustand der Sozialpolitik in diesem Land egal ist: Die totalen jährlichen Sozialhilfekosten belaufen sich auf sage und schreibe 8'285 Millionen Franken pro Jahr; 350'000 Leute in diesem Land beanspruchen Sozialhilfe, 615'000 sind Working-Poor.

Zuwanderung eigenständig steuern

Ich möchte die Zuwanderung jedoch keineswegs komplett stoppen, sondern einfach die Möglichkeit haben, sie selbst zu steuern, wie es in der Bundesverfassung festgehalten ist. Es verlassen bekanntlich auch Schweizer und Ausländer die Schweiz. Wir können sehr wohl die Schweizer Bevölkerung bei 8,5 Millionen Menschen stabilisieren. Für mich jedenfalls ist es eine reine Frage der Zeit, bis das Parlament oder eher das Volk die negativen Auswirkungen der Zuwanderung, der Personenfreizügigkeit und der Verknüpfung der Bilateralen I erkennt und sie korrigiert.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die EU bei einem Ja zur Begrenzungs-Initiative einen so guten Handelspartner wie die Schweiz isolieren würde. Die Schweiz ist für die EU zentral – nur schon wegen des Verkehrsabkommens. Natürlich gäbe es einen Knall und unzufriedene EU-Politiker, das erleben wir derzeit auch beim Brexit. Aber selbst mit England spricht und verhandelt die EU. Ich jedenfalls stimme der Begrenzungs-Initiative zu.

Thomas Minder
(Votum im Ständerat, gekürzt)



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Gretas Anbeter laufen Amok



Sie warfen sich vor ihr in den Staub. Sie himmelten sie an, schlugen das Mädchen gar für den Nobelpreis vor. Gebannt lauschten sie ihrem abgehackten, hasserfüllten, in den Saal der Uno-Generalversammlung geschleuderten Angriff auf alle, die Leistung erbringen, damit die Menschen zu leben und zu essen haben. Heerscharen von Schülern schwänz-

ten – von den Medien dafür überschwänglich gelobt – für Greta die Schule, um in ihrem Windschatten Parolen in die Strassen zu schreien, deren Tragweite die wenigsten verstehen. Ein Berliner Bischof gab sich gar dazu her, die von PR-Strategen montierte Greta als neuen Messias (die weibliche Form dieses Wortes weiss nicht einmal der Duden) zu feiern ...

Tritt dann aber ein anderes Mädchen auf, welches in einem Kurzfilm seine Heimat, die von ihren Eltern dank freier Demokratie mitgestaltete Schweiz als das schönste Land auf dieser Welt preist, dann wittern die, die vor Greta auf den Knien rutschen, alsbald «Kindsmisbrauch» und «Rassismus». Die Schweiz zu loben – das geht doch nicht! Zumal dieses Mädchen auch erkennt, dass seine Heimat ob der überbordenden Masseneinwanderung leidet, allenthalben zubetoniert und entstellt wird.

Und weil es in der Schule erlebt, dass masslose Zuwanderung keineswegs Idylle ist, dass zunehmende Verständigungsschwierigkeiten den Unterricht, dem es gerne folgt, beeinträchtigen. Und dass für gewisse Mädchen die Teilnahme an Schulreisen hintertrieben wird. Dass Buben mit bestimmtem Migrationshintergrund (selbst wenn diesem Mädchen dieses Fachwort der offiziellen und offiziösen Wortschatz-Vorschreiber noch nicht geläufig ist) nicht selten bandenmässig und aggressiv Jagd machen auf Mädchen, deren leichte, aber in jeder Beziehung anständige Sommerbekleidung die Eltern der Angreifer als anstössig zu unterdrücken trachten.

Solch täglich erfahrbare Beeinträchtigung der Heimat festzustellen und auszusprechen – das wollen uns die Fetischisten der Masseneinwanderung verbieten? Dafür trachten sie, die Eltern dieses Mädchens und jene, die den kurzen Film gedreht haben, zu verfolgen? Wenn nicht juristisch (wofür jede Handhabe fehlt), dann eben medial – durch niederträchtige Einschüchterung.

Wenn wir schon soweit sind, ist ein markantes Ja zur Begrenzungsinitiative nicht bloss angebracht, vielmehr überfällig!

Ulrich Schluer

**Spalte
rechts**

Wie ausländische Betrügerbanden handeln

Vorsicht, Falle!

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wollen Sie Ihr Geld verlieren? Dann lesen Sie die folgende Schilderung von vier Fällen bitte nicht.



Die Stimme, welche in leicht gebrochenem Deutsch freudig «Hallo Lotti!» sagt, kennt Lotti P.* nicht. «Erkennst Du mich nicht?» entgegen der Anrufer leicht enttäuscht «Rate doch mal, wer ich bin.»

Lotti zermartert sich das Gehirn und fragt dann: «Bist Du Ricardo, der Schwager meiner Nichte?» – «Genau!» sagt der Mann, der natürlich nicht Ricardo ist und auch nicht der Schwager von Lottis Nichte. Er ist ein Mitglied einer Betrügerbande, die im Rahmen der Personalfreizügigkeit in die Schweiz eingewandert ist. «Ricardo» erschleicht sich in den kommenden Tagen das Vertrauen der nicht mehr ganz fitten Seniorin, appelliert an ihre Hilfsbereitschaft und schafft es, dass sie – um Ricardos Familie aus einer angeblichen kurzfristigen Geldnot herauszuhelfen – einen sechsstelligen Betrag abhebt und einer Kontaktperson übergibt. Ihr Ersparnis ist damit weg.

Der Geldkoffer

Vera K. wiederum hat sich mit einer Kollegin ein kleines Geschäft aufgebaut, das die beiden nun altershalber verkaufen wollen. Das deutlich beste Kaufangebot kommt aus dem Ausland. Zum Beweis, dass das Geld schon bereit liegt, senden die «Käufer», ein Video, auf dem zu sehen ist, wie für Vera K. das Geld des «Investment-Fonds» gezahlt wird. Es werde, schreiben die Betrüger, «nach Eingang der Provision für den Banker in Höhe von zehn Prozent in Bitcoin» überwiesen. Immer wieder schicken sie Geld – bis alles weg ist.

«Wie geht es Dir, Honig?»

Der Mittvierzigerin wird zum Verhängnis, dass sie sich nach einer Partnerschaft sehnt und im Internet die vermeintlich grosse Liebe findet. Der dunkelhäutige «George» ist an-

geblich ein erfolgreicher Arzt in New York und ebenfalls auf der Suche nach Liebe. In Wirklichkeit heisst der Mann Ochuko, ist Reifenflicker und sitzt in einem Internetcafé in Nigerias Hauptstadt Lagos. Seine unzähligen Mails und Chatnachrichten lässt er im Internet übersetzen und so wird aus «How are you, Honey?» eben «Wie geht es Dir, Honig?» Als «George» nach Bümpliz zu Rita fliegen will, verunfallt er, und so zögert Rita nicht, ihm die Spitalkosten vorzuschüssen, weil seine Kreditkarte angeblich ein Raub der Flammen wurde. 15'000 Dollar überweist Rita und als George behauptet, das Geld sei nicht angekommen zahlt sie gleich nochmals den Betrag. Die dritte Überweisung an die Sterling Bank Plc in Nigeria storniert Ritas Bank zum Glück.

Der falsche Polizist

Der auch schon etwas ältere Pius R. schliesslich wird über mehrere Tage hinweg von einem angeblichen Polizeibeamten angerufen. Man habe in seiner Nähe einen polnischen Kriminaltouristen aufgegriffen. In dessen Besitz habe sich eine Namensliste befunden, welche konkrete Hinweise darauf enthalte, dass bei Pius R. und seiner Frau demnächst eingebrochen werden soll. Wegen Überlastung sei es nicht möglich, das Ehepaar zu bewachen. Pius R., sonst nicht gerade überängstlich, ist stark verunsichert. Dies umso mehr, als der Polizist Informationen über Pius hat, welche man beim Einbrecher gefunden habe und welche darauf hinweisen würden, dass das Ehepaar schon seit längerem observiert werde. In Tat und Wahrheit stammen die Informationen von einer unter Druck gesetzten Putzfrau im Quartier. Herr R. übergibt «zur Sicherheit» seine Wertsachen einer «Beamtin» in zivil – und wird sie nie wieder sehen.

Also merke: Wenn es schnell gehen muss, oder wenn es zu gut ist, um wahr zu sein – dann ist es nicht wahr.

* alle Namen geändert

Hermann Lei

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40



Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback
Fr. 250.00 Eintauch

Fr. 799.00 Netto-Aufwand

OCotex AG
– 041 799 50 00

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter

Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

50-Jahr-Jubiläum



ES WIRD eng

JA für unsere Natur

JA für unsere Jugend

JA für unsere Sozialwerke

JA für unsere Arbeitsplätze

JA für unsere KMU

JA **ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE**

**Unsere Lebensqualität sichern.
Internationale Grosskonzerne und
mächtige Wirtschaftsverbände stoppen.**

www.randvoll.ch

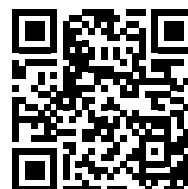
Jetzt Material bestellen und mobilisieren.



AUNS · Aktion für eine
unabhängige und neutrale Schweiz

AUNS
3822 Lauterbrunnen

031 356 27 27
info@auns.ch



Leserbriefe

Pure Erpressung

Wie letztthin bekannt wurde, verweigert die EU den Datenaustausch von Contact Tracer Apps mit der Schweiz, weil der Rahmenvertrag noch nicht unter Dach sei. Dies gleicht einer Erpressung, geht es doch um die Gesundheit von uns allen – auch um jene der EU-Bürger. Wir sehen hier, mit welchen Methoden die EU die Schweiz gefügig machen will. Mit einem Nein zum Rahmenvertrag machen wir Brüssel gleichzeitig klar, dass wir uns nicht erpressen lassen.

Hans Steffen, Eglisau ZH

Der heilige Mauritius ...

... war Anführer der Thebanischen Legion Roms und lebte im 3. Jahrhundert. Mauritius oder Moritz, abgekürzt Mohr, weigerte sich, die Christen wegen ihres Glaubens zu töten. Wegen dieser Befehlsverweigerung wurden er und seine Anhänger getötet. Mauritius war Afrikaner, und sein dunkles Konterfei zierte viele Wappen und Kirchen in Deutschland und in der Schweiz (St. Maurice). Letztlich ist auch der «Mohrenkopf» auf ihn zurückzuführen. Wer die Rassismus-Diskussion wegen diesem Heiligen vom Zaune reisst, kennt weder die Geschichte noch tut er diesem Mohr Gerechtigkeit an. Es ist ein Hohn, wenn man den Namen eines schwerkriminellen Amerikaners mit diesem Heiligen in Verbindung bringt.

Emil Grabherr, Weggis LU

Die Schweiz im Uno-Sicherheitsrat?

Bekanntlich ist die schweizerische integrale Neutralität gemäss Zweckartikel der Bundesverfassung kein Staatsziel, sondern Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit und ein Instrument zur Schaffung einer friedlichen internationalen Ordnung durch «Gute Dienste». Der Bundesrat und etliche «Aussenpolitiker» unseres Landes wollen eine sogenannte aktive Neutralitätspolitik betreiben – und zu diesem Zweck dem Uno-Sicherheitsrat beitreten. Dass damit unser Land jene bislang von der internationalen Gemeinschaft hochgeschätzte stille Diplomatie zugunsten eines neutralitätswidrigen Aktivismus' über Bord wirft, scheint sie wenig zu kümmern. Gute Dienste, welche die Schweiz Ländern in Konfliktsituationen bei Bedarf anzubieten bereit ist, sind umso erfolgreicher, je diskreter sie geleistet werden. Als Mitglied des Sicherheitsrates würde unsere weitherum geschätzte stille Diplomatie zum Nachteil der Staatenwelt auf der Strecke bleiben.

Martin Berger, Davos

Schluss mit der Schönrederei zur Einwanderung

Unter dem Titel «Zuwanderung sinkt weiter» wurden in verschiedenen Medien kürzlich die neuen Zahlen der Zuwanderungsstatistik publiziert. So seien im ersten Halbjahr 2020 im Vergleich zur Vorjahresperiode 5,7 Prozent weniger Leute in die Schweiz eingewandert, und die Auswanderungen seien um 14,4 Prozent zurückgegangen. Der Beitrag erweckt den Anschein,

als wäre das Thema Einwanderung vom Tisch. In Tat und Wahrheit ist natürlich der Wanderungssaldo (eingewanderte abzüglich ausgewanderte Personen) ausschlaggebend. Hier die Fakten: Im ersten Halbjahr 2020 beträgt der Wanderungssaldo 25'995 Personen – im Gegensatz zur Vorjahresperiode ist das ein Plus von 5,4 Prozent! Wenn das so weitergeht, werden wir um das Jahr 2030 eine ständige Wohnbevölkerung von 10 Millionen Personen erreichen – mit allen schwerwiegenden Konsequenzen. Deshalb sage ich Ja zur Begrenzungs-Initiative.

Marco Kalberer, Chur

Kurzsichtige Profiteure der Personenfreizügigkeit

Warum wird im Bereich der Migrationspolitik derart leichtfertig auf unsere Demokratie verzichtet? Die Antwort ist klar: Es gibt zu viele – kurzfristig und kurzfristig denkende – Profiteure der masslosen Zuwanderung. Denn mit mehr Personen muss auch mehr gebaut werden, es wird mehr konsumiert und gereist. Für die Baubranche, den Detailhandel, die Autoindustrie, die Banken, für den öffentlichen Verkehr und Immobilienfirmen ist die Masseneinwanderung also eine Art Segen. Sie können damit kurzfristig höhere Gewinne erzielen. Die Kosten bezahlen dann wir alle – der Mittelstand und die meisten Bürger – mit immer höheren Steuern, Wohlstandsverlust und weniger Lebensqualität.

Alex Schneider, Küttigen

Integrationskurse für Schweizer?

Ungeheuerlich, was man in der «SonntagsZeitung» vom 9. August von einem bei uns lebenden srilankischen Soziologen vorgesetzt bekommen hat. Der Mann bezieht sich korrekt auf aktuelle Statistiken, welche praktisch den Untergang der Schweiz vorhersagen. Sein Fazit: Wir Schweizer müssten bald in Integrationskurse gehen, damit wir die vielen Fremden verstehen und uns ihnen anpassen könnten (!). Man darf jedoch dem Herrn nicht böse sein, denn er ist ja nur Überbringer der schlechten Nachricht.

Dass die «SonntagsZeitung» diesen Bericht überhaupt veröffentlichte, hat mich positiv überrascht. Er wirft ein derart verheerendes Licht auf die ganze Einwanderung und ihre Folgen, dass eigentlich der hinterste und letzte Leser am 27. September Ja zur Zuwanderungs-Initiative sagen muss.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Wirtschaftswachstum auf Kosten der Lebensqualität

«Metrobasel» setzt sich mit einem Diskussionspodium dafür ein, dass die Begrenzungs-Initiative bachab geschickt wird. Angesichts der Teilnehmer von Mitteleuropa (ohne SVP) stellt sich die Frage, wo da noch eine Diskussion möglich sein soll. Es wird einmal mehr versucht, den Stimmbürgern die angeblichen Vorteile einer weiteren ungebremsten Zuwanderung in unser Land schmackhaft zu machen. Und natürlich wird auch da die Angstkeule geschwungen mit der Behauptung,

tung, dass unser Wohlstand bei einem Ja zur Initiative gefährdet sei. Es ist erstaunlich, dass die Teilnehmer am erwähnten Podium aus Politik und Wirtschaft partout nicht wahrhaben wollen, dass unserem kleinen Land langsam der Schnauf ausgeht: Tägliche Staus, überfüllte Züge und Trams, zubetonierte Schweiz – denn die vielen Zuwanderer brauchen Wohnraum. Zusätzlich zahlen wir einen hohen Preis für arbeitslose, ausgesteuerte ältere Menschen, die der Wohlfahrt zur Last fallen müssen, weil man sie vor der Pensionierung entlassen hat, um sie durch billige junge EU-Einwanderer zu ersetzen. Lassen wir uns von unseren Wirtschafts- und EU-Turbos nicht beirren und stimmen wir JA zur Initiative!

Ruth Singer, Läuelfingen BL

Tausende KMU werden Opfer der Personenfreizügigkeit

Die Corona-Krise präsentiert der Schweizer Volkswirtschaft eine Dutzende Milliarden Franken hohe Rechnung. Die Hauptleidtragenden sind die KMU und ihre Mitarbeiter. Milliarden müssen in Kurzarbeit und Notkredite gepumpt werden. Niemand weiss, ob diese Milliarden Volksvermögen jemals wieder zurückbezahlt werden können. Der entstandene gigantische Schaden ist in der unkontrollierten Einwanderung begründet: Neben dem nicht verkraftbaren Bevölkerungswachstum verursacht die EU-Personenfreizügigkeit jetzt auch Milliarden Schäden an KMU bzw. an

Sozialwerken. Von Ausländern im AHV-Alter beziehen 25,4 Prozent Ergänzungsleistungen, von gleichaltrigen Schweizern lediglich 11 Prozent. Sozialhilfe beziehen zudem zu 58 Prozent Ausländer – gegenüber 42 Prozent Schweizer Bürgern. Die Zeche zahlt der Mittelstand. Die Schweiz muss jetzt dringend ihr zu generöses Verhältnis zur EU überprüfen. Die Konsequenz: Unkontrollierte Einwanderung stoppen! JA zur Begrenzungs-Initiative!

Hermann Graf, Pfäffikon SZ

Führungsdefizite und Filz

Im Bereich «Corona» häufen sich neuerdings Fehleinschätzungen, Falschinformationen und Führungsdefizite. Die Überforderung von Pascal Strupler, Chef des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) ist offensichtlich. Bundesrat Pascal Couchepin hat ihn seinerzeit trotz fehlender Qualifikation über die Walliser Connection ins Amt gehievt. Bundesrat Berset macht es heute im EDI heute nicht besser. Er „befördert“ seine persönliche Mitarbeiterin Doris Bianchi zur Direktorin der Bundespensionskasse und seinen Generalsekretär Bruhin ohne entsprechende Berufs- und Führungserfahrung zum Präsidenten von Swissmedic mit hohen Jahresbezügen von über 300'000 Franken. Es ist höchste Zeit, dass diese Filzokratie aufhört, der angerichtete Schaden für uns Steuerzahler ist offensichtlich.

Roger E. Schärer, Trin Mulin



**IN JEDER
SITUATION
DEN RICHTIGEN
SCHUTZ**

www.sicherheit-ja.ch

27. September

JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Jetzt für Kampagne spenden:

Verein für eine sichere Schweiz | Rubrik Kampagne Air 2030 | 6000 Luzern

CH33 0900 0000 1546 2725 2 | 15-462725-2

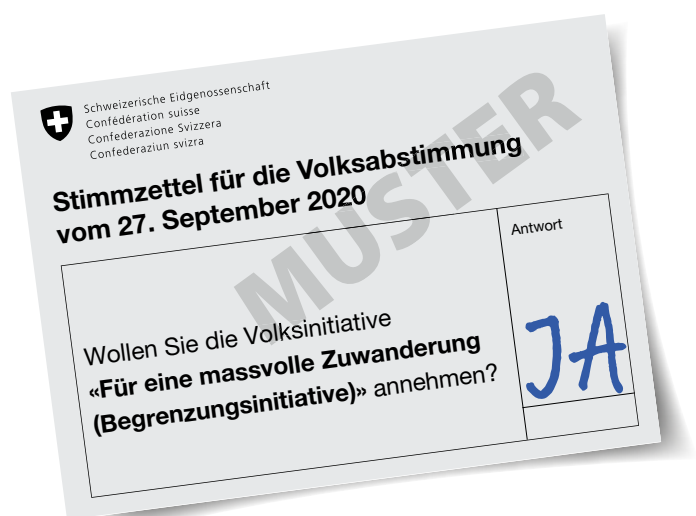


Zu viel ist zu viel!

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit vor 13 Jahren sind rund 1 Million mehr Menschen zusätzlich in unser kleines Land gekommen. **Das sind pro Jahr durchschnittlich 75'000 mehr Menschen in der Schweiz.** So viele wie die Stadt St. Gallen Einwohner hat! **Und:** Im ersten Halbjahr 2020 sind trotz Corona bereits nochmals 59'730 Zuwanderer in unser Land gekommen!

Die Folgen sehen wir alle:

- Immer mehr Schweizer werden von billigeren Ausländern aus dem Beruf gedrängt!
- Vollgestopfte Züge und Strassen!
- Unser wertvolle und schöne Natur wird immer mehr zubetoniert!
- Die Mieten steigen immer mehr!
- In vielen Schulen sind Schweizer Kinder in der Minderheit!
- Unsere Arbeitslosen- und Sozialhilfekassen versinken in Schulden, denn immer mehr Ausländer werden Sozialfälle!
- Die Ausländerkriminalität ist auf 58% gestiegen. Bei Vergewaltigungen sogar auf 70%!



begrenzungsinitiative.ch

**Deshalb am 27. September:
Begrenzungs-Initiative JA**



Mit einer Spende auf PC: 31-572732-0 unterstützen Sie unsere Kampagne gegen die Masseneinwanderung!

JA+
zur Begrenzungs-
Initiative

Dreistigkeit des Gastes



Die grenzwertige Belehrung an die Schweizer stammt von einem «Gast» des Landes. Der eingewanderte Sri Lanker Ganga Jey Aratnam, 48, studierte Informatik in Luzern, Soziologie in Freiburg und approbierte zum Doktor an der Uni Basel, wo er als Soziologe wirkt. Am Rande: Es dürfen also Schweizer Bürger, denen das

Steuerjoch atlasschwer im Nacken lastet, mit Fug und Recht behaupten, sie hätten mit Finanzierung der Bildungsstätten auch sein Studium mitbezahlt. Sein Dank ist gewöhnungsbedürftig: Im Interview («SonntagsZeitung») platziert er die Botschaft ans Schweizer Volk: «Schweizer müssen sich den Einwanderern anpassen und Integrationskurse zur Erlernung des Umgangs mit Einwanderern besuchen!»

Es ist soweit: Migranten im Besitze höherer Bildungsgrade, von uns finanziert, stellen im Gastland gesellschaftsrelevante Weichen! Die «Guten und Netten» heulen prompt auf vor schierer Begeisterung. Endlich frei vom Joch der Selbstbestimmung, endlich eingebunden in ein EU-Migrationssystem, dessen sichtbares Versagen ein gewaltiges ist, endlich zeigen andere auf, was gut für uns ist! Ist das der Weg, den wir beschreiten wollen?

Haben unsere Vorfahren für solche Form der Unterordnung gegen fremde Mächte gekämpft, gelitten und ihr Leben gelassen?

Jahrhundertelanges Ringen um die Existenz und die Selbstbestimmung, um sich nun willenlos einzufügen als konturenloses Etwas, zerrieben als Stein unter Steinen von fremden Mächten, ohne deren Wissen vom Geschehen des 12. September 1848, als aus dem losen Gefüge des Schweizer Staatenbundes der Schweizer Bundesstaat erwuchs?

Doch es gibt sie noch, Schweizerinnen und Schweizer, die ihre Kraft aufwenden, ihr Können und Wissen und die Fähigkeit zu politischer Gestaltung. Sie haben die Zeichen der Zeit erkannt und mit der Begrenzungs-Initiative Bahnen gelegt, die der Abschaffung der Schweiz durch überbordende Zuwanderung den Riegel schieben. Selbst wenn nun in Negierung der Notwendigkeit des Handelns eine amtierende Schweizer Bundesrätin – Karin Keller-Sutter, FDP – die Annahme der Begrenzungs-Initiative salopp «schlimmer als der Brexit» bezeichnet, werden Schweizer Bürger an der Urne darlegen, dass uns niemand Integrationslehrstunden aufoktroyieren muss.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

**Unentbehrlich in Friedenszeiten.
Unverzichtbar im Ernstfall.**



**JA zur Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge**
Abstimmung vom 27. September 2020

JA am 27. September 2020! Es geht um mehr als unsere Luftwaffe, es geht um unsere Sicherheit und Unabhängigkeit!

Die Vereinigung PRO LIBERTATE engagiert sich für eine leistungsfähige Luftverteidigung, denn es gibt keine souveräne Schweiz ohne eine glaubwürdige Kontrolle unseres Luftraums in allen Lagen!

Ein Verzicht auf die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs zerstört unsere Luftwaffe irreversibel und gibt gegen Innen und dem Ausland ein verheerendes Zeichen der Schwäche und Selbstaufgabe mit gravierend negativen Folgen für unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Erfolgsmodell ab.

Eine Ablehnung dieser für unser Land schicksalhaften Vorlage im kommenden Herbst wird in unserer Landesverteidigung rasch zu «österreichischen Verhältnissen» führen und früher oder später die von SP, Grünen sowie der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) angestrebte vollständige Aufgabe unserer Armee zur Folge haben. **Deshalb: JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge!**



**Schweizer Werte stärken!
Jetzt Mitglied werden!**

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ als Mitglied Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ als Gönner Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ als Sympathisant Beitrag nach freiem Ermessen

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Talon ausschneiden und einsenden an: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen – Fax 031 981 41 61, E-Mail info@prolibertate.ch – www.prolibertate.ch

Auch die Schweiz finanziert antisemitische, israelfeindliche Organisationen

Virus Antisemitismus

von David Klein, Autor und Musiker, Basel

Von militanten Muslimen ausgehende antijüdische, antiisraelische und antisemitische Machenschaften nehmen im der unkontrollierten Masseneinwanderung verfallenden Europa dramatisch zu. Viele Medien berichten zwar über «Vorfälle», verschweigen und tarnen allerdings – wenn es um Muslime geht – regelmässig die Urheber, die Haupttäter der sich häufenden Untaten.

Die Tatsache, dass heute Frankreich mit seinen selbst für die Sicherheitskräfte nicht mehr betretbaren Vorstädten an der Spitze jener Länder steht, aus denen am meisten Juden nach Israel einwandern, spricht eigentlich Bände zur neuen Judenverfolgung in Europa.

Diese mehr als bloss besorgniserregende, bedrohliche Entwicklung veranlasste die Redaktion der «Schweizerzeit» dazu, den für seine kämpferischen Stellungnahmen sowohl gegen historisch belegten als auch gegen heutigen Antisemitismus bekannten Basler Musiker und Publizisten David Klein um einen Kommentar zum aktuellen Geschehen zu bitten.



Es ist ein links-grüner Mob, der weltweit durch die Strassen wütet. Die «Aktivisten» brandschatzen, verwüsten, plündern und morden.

Die Polizei hält sich meist vornehm zurück, geht es doch um ein nobles Anliegen: Der berechtigte Kampf gegen Rassismus, ausgelöst durch den gewaltsamen Tod des schwarzen Ame-

rikaners George Floyd, eines mehrfach vorbestraften Kriminellen, der insgesamt neun Haftstrafen verbüsste und während eines Raubzugs einer hochschwangeren schwarzen Frau seine Pistole gegen den Bauch hielt. Angeführt und orchestriert werden die Proteste von der gewaltbereiten «Black Lives Matter» (BLM) Bewegung, in deren Namen und auf deren Geheiss vorwiegend weisse Politiker, Sportler, Künstler, Wissenschaftler sowie Denkmäler von historischen Protagonisten gestürzt werden, die sich in den Augen der Protestler des Rassismus verdächtig gemacht haben.

Von Terrororganisationen unterwandert

Im Rahmen der zerstörerischen Aufstände werden auch immer wieder Synagogen und andere jüdische Stätten geschändet. Das erstaunt nicht, denn BLM ist von is-

lamistischen Terrororganisationen wie der mörderischen Hamas unterwandert, kooperiert mit der antisemitischen BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel) und assoziiert sich mit dem bekennenden muslimischen Judenhasser Louis Farrakhan («Ihr seid keine Juden, ihr seid der Satan!»). Die BLM-Charta bezichtigt Israel der Apartheid und des Genozids an den Palästinensern, die einzige Bevölkerungsgruppe in der Geschichte der Menschheit, die sich durch einen Genozid millionenfach vermehrte.

Ich selbst setze Antisemitismus nicht mit Rassismus gleich, denn Rassismus bezieht sich auf alles Fremde, während der 1879 von Wilhelm Marr geprägte Begriff Antisemitismus ausschliesslich Juden betrifft. Doch für die überwältigende Mehrheit ist Antisemitismus eine Form von Rassismus. Warum werden also nicht auch Denkmäler von Antisemiten niedergerissen? Nahezu die gesamte intellektuelle Elite der vergangenen Jahrhunderte waren bekennende Antisemiten. Für Theodor Fontane waren die Juden «ein schreckliches Volk», G.W.F. Hegel glaubte zu wissen, dass sie «im Kote wohnen», und für Erasmus von Rotterdam, Fürst des Humanismus der Renaissance, nach dem das «Bildungsprogramm der EU für den Hochschulbereich» benannt ist, waren sie schlicht eine «Pest». Doch auch Voltaire, Diderot, Schiller, Goethe, Richard Wagner, Pestalozzi, Schopenhauer, Heidegger oder Kant, der den Juden, die er als «Palästinenser» bezeichnete, mit der «Euthanasie» immerhin einen schönen Tod wünschte, waren Antisemiten. Trotzdem sehe ich weit und breit keine Bewegung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Welt mit Gewalt von den Spuren der oben genannten Geistesgrössen zu säubern.

Antiisraelische und antisemitische Akteure vereint

Ganz im Gegenteil vereinen sich im vermeintlichen Kampf gegen Rassismus und für soziale Gerechtigkeit einige der berühmtesten antiisraelischen und antisemitischen Akteure von links bis rechts. Ihr gemeinsames Ziel: die Vernichtung des jüdischen Staates. Innerhalb von BLM sind das die «Nation of Islam», die «Black Panthers» und die «Dream Catcher», drei bis ins Mark antisemitische Organisationen, von deren Aktivisten BLM 2014 gegründet wurde.

Dass sich schwarze Aktivisten, die vorgeben, Gerechtigkeit für erlittenes Leid aus den Zeiten der Sklaverei zu fordern, ausgerechnet mit muslimischen Organisationen zusammentun, mutet indes seltsam an. Waren es doch Muslime, die im Nahen Osten noch farbige Sklaven hielten, lange nachdem in Amerika Weisse erbittert

gegen Weisse und für Schwarze gekämpft hatten, um unter Abraham Lincoln die Sklaverei zu beenden. Noch heute werden in islamisch regierten Staaten Sklaven gehalten. Im arabischen Raum ist die Leibeigenschaft weit verbreitet und wird von Politik und Religion toleriert und unterstützt, da die Sklaverei auch im Koran und den Hadithen propagiert wird. Das geht so weit, dass in Kuwait farbige Frauen auf virtuellen Sklavenmärkten online angeboten und verkauft werden. Unter amerikanischen Muslimen ist das Wort «Abeed» (Sklave) als herabsetzende Bezeichnung für Schwarze gang und gäbe. Aber der verzehrende Hass auf Juden scheint jedes Mittel und jede Kooperation zu rechtfertigen.

Während mutige Schweizer im Zweiten Weltkrieg Juden retteten, hat die offizielle Schweiz bezüglich Antisemitismus einen lausigen Trackrekord. Die Mitglieder der ersten jüdischen Gemeinde zu Basel, der ältesten auf dem Gebiet der heutigen Schweiz, hatten sich massgeblich an der Finanzierung der ersten Rheinbrücke aus Stein beteiligt. Als Dank wurden sie im Januar 1349 als Verursacher der Pest diffamiert und auf Geheiss des damaligen «Basler Rats», einem Vorläufer des heutigen Regierungsrats, als «Brunnenvergifter» in einem eigens dafür gebauten Holzhaus auf einer Rheininsel verbrannt. Der «Basler Rat» schwor, 200 Jahre keine Juden mehr aufzunehmen. Nach dem Erdbeben von 1356 wurden für Basels Wiederaufbau die finanzkräftigen Juden von einst jedoch schmerzlich vermisst. Der voreilige Schwur war schnell vergessen und ab 1362 entstand eine zweite Gemeinde, die jedoch 1397 fliehen musste. Im Jahr 1805 entstand die heutige Israelitische Gemeinde Basel.

Die verheerende «Brunnenvergifter-Legende»

Doch nicht nur die Basler, die ganze Schweiz war antisemitisch. Die Eidgenossen waren instrumental bei der Verbreitung der «Brunnenvergifter-Legende», mit der den Juden im Mittelalter die Schuld am Ausbruch der Pest zugeschoben wurde. Obwohl der italienische Chronist Gabriel de Mussis bereits 1347 schrieb, die Pestkranken «verströmen mit jedem ausgesprochenen Wort Gift aus ihrem Mund», die Pest also, die als Ansteckungskrankheit bekannt war, bestand die Schweiz auf der Kolportage der verleumderischen Anklage gegen die Juden und trug so massgeblich zu deren weltweiten Verbreitung bei. Im September 1348 fand im waadtländischen Schloss Chillon ein Prozess statt, der mit seinen unter Folter erpressten Geständnissen den Boden für zahlreiche Judenpogrome bereitete und «allen späteren Judenverfolgungen den rechtlichen Schein verlieh», wie Justus Friedrich Curt Hecker 1832 in seinem Buch über den «Schwarzen Tod im vierzehnten Jahrhundert» festhielt.

Dieses Ressentiment gegen Juden hält bis heute an. Die vermeintlich neutrale Schweiz nimmt seit Jahrzehnten aktiv Einfluss auf die Innenpolitik eines souveränen Staates, indem sie via das Aussendepartement (EDA) in Israel NGOs finanziert, die den jüdischen Staat destabilisieren, zu Hass und Gewalt gegen Juden und Israel aufrufen und denen die Verbindung und Unterstützung von Terrororganisationen wie der Hamas oder der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) nachgewiesen wurden. Das EDA finanziert also indirekt ausgerechnet jene Terrororganisation, die sich 1970 zum Terroranschlag auf die Swissair bekannte, der in Würenlingen 47 Tote forderte. Es sind vor allem Mitglieder der SVP, wie Christian Imark, der mit seiner Motion gegen die Finanzierung von Terror mit Schweizer Steuergeldern weltweit Aufsehen erregte, die sich gegen die bodenlose bundesrätliche Zumutung zur Wehr setzen, dass Schweizer (auch Juden) gezwungen werden, mit ihren Steuergeldern antiisraelische und antisemitische Organisationen zu finanzieren.

Falsche Prioritäten der offiziellen Schweiz

In ihrer diesjährigen Botschaft zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust mahnte eine «erschütterte» Simonetta Sommaruga, die «Erinnerung wachzuhalten». Die Schweiz unterstütze deshalb die «dauerhafte Erhaltung der Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau», womit man «für alle Opfer des Holocaust ein Zeichen setzen» wolle. Hier offenbart ein simpler Zahlenvergleich, wo die Prioritäten der offiziellen Schweiz liegen, wenn es um lebende Juden geht, nicht um die toten, für die die offizielle Schweiz anlässlich eines Gedenktages einmal im Jahr Krokodilstränen vergiesst: An die antiisraelischen NGOs, die Israel delegitimieren, Terror finanzieren und BDS unterstützen, sowie die seit Jahren international heftig kritisierte UNRWA hat das EDA bis heute weit über 500 Millionen Franken bezahlt. Die «dauerhafte Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau» hingegen, war der offiziellen Schweiz gerade mal eine Million wert.



Was meinen die «Antirassisten» wohl dazu? (zugesandt von Marcus Stoercklé jun., Basel)

Warum?

Es bleibt die Frage nach dem Warum. Warum ist dieser Jahrtausende alte Hass nicht totzukriegen? In Corona-Zeiten ist das rasch erklärt. Antisemitismus ist eine Pandemie, die alle gesellschaftlichen Schichten befällt, sämtliche ideellen, religiösen und nationalen Grenzen überschreitet und sich bis in den letzten Winkel des Erdballs ausgebreitet hat. Ausgelöst wurde diese globale Volkskrankheit durch das Ressentiment gegen die Juden, die mit der Erfindung und Durchsetzung eines monotheistischen Gottesbildes der Menschheit ein Gewissen aufnötigten. Kultiviert durch 2'000 Jahre neutestamentarischen und 1'400 Jahre islamischen Judenhass, wurde der Antisemitismus zu einer quasi-genetischen Anomalie, einem konstant mutierenden Virus, das sich immer wieder gesellschaftlichen Strömungen anpasst. Wurden Juden im Mittelalter wegen ihrer Religion gehasst, war es im 19. und frühen 20. Jahrhundert ihre Rasse. Heute hasst man sie wegen ihrer Nation, dem Staat Israel, dem Juden unter den Staaten.

Das Antidot kann nicht Bildung sein, denn einige der gebildetsten Menschen waren und sind Antisemiten. Auch mit Fakten ist dem Übel offensichtlich nicht beizukommen, denn sonst wäre der Antisemitismus längst besiegt. Antisemitismus wird wohl das einzige tödliche Virus bleiben, gegen das die Menschheit keine Herdenimmunität entwickeln wird. Doch ich kann

Entwarnung geben: Antisemitismus ist auch die einzige tödliche Krankheit, die nicht jene umbringt, die von ihr befallen sind. Dieses Virus stellt nur für einen verschwindend kleinen Teil der Weltbevölkerung eine tödliche Gefahr dar, nämlich für die rund 14 Millionen Juden, die derzeit (noch) auf der Erde leben. Sollte diese Handvoll Juden dereinst das gleiche Schicksal ereilen wie die verschwundenen Kulturen der Mayas, der Hethiter oder der Anasazi-Stämme, wird wohl auch der Antisemitismus endlich im Dämmerlicht der Geschichte versinken.

David Klein

Churz & Bündig

Das Medienzentrum des Bundes, wo die meisten Pressekongresse für die Bundeshausjournalisten stattfinden, steht gemäss einer neuen Bestimmung künftig nur noch überparteilichen Komitees zur Verfügung.

Im Klartext bedeutet dies: In den – nicht allzu seltenen – Abstimmungskämpfen «Alle gegen die SVP» wird Komitees aus dem Umfeld der SVP die Benutzung dieses Zentrums künftig verwehrt. Dass diese Anordnung grotesk parteiisch ist, will Bundesbern allerdings nicht wahrhaben.

us

Unsere Forderungen für eine stärkere Schweizer Armee:

Milice 
OUI armée
www.gruppe-giardino.ch

Miliz 
J armée
www.gruppe-giardino.ch

Esercito 
SI di milizia
www.gruppe-giardino.ch

Armada 
GIE da milissa
www.gruppe-giardino.ch

Gruppe Giardino,
Postfach 7701,
6300 Zug,

info@gruppe-giardino.ch
IBAN: CH94 81177000002885791



- Mobilmachung der gesamten Armee in 48 Stunden!
- Vollständige Ausrüstung (alle Verbände können gleichzeitig in den Einsatz)!
- 70 Kampffjets mit 4-5 Flugplätzen!
- Min. 200'000 AdA's!



Sie sehen das auch so?
Setzen sich mit uns für eine glaubwürdige Armee ein!

www.gruppe-giardino.ch

Ohne moderne Luftverteidigung keine Armee

Warum brauchen wir neue Kampfflugzeuge?

Adrian Murer, Vorstandsmitglied der Gruppe Giardino

Die Schweiz stimmt am 27. September 2020 darüber ab, ob die Armee mit Geld aus ihrem eigenen Budget neue Kampfflugzeuge kaufen darf. Obwohl es meiner Meinung nach problematisch ist, dass wir überhaupt darüber abstimmen (können) und ein «JA» unglücklicherweise dem VBS die Wahl des Kampffluggertyps offen lässt, möchte ich dennoch in diesem Artikel erläutern, warum jeder, dem die Sicherheit unseres Landes wichtig ist, mit «JA» stimmen muss!

Luftraum-Sicherung

Die Schweiz liegt im Herzen von Europa. Unser Luftraum ist daher für ganz Europa wichtig und von grosser Bedeutung. Skyguide spricht sogar vom «dichtesten und komplexesten Luftraum des ganzen Kontinents». Gerade deswegen braucht es einen Luftpolizeidienst, der die Regeln dieses Luftraums kontrollieren und durchsetzen kann. Jährlich hat die Luftwaffe 40 Ernsteinsätze, wenn entweder die Lufthoheit verletzt wird, die Luftverkehrsregeln missachtet werden oder sich ein Luftfahrzeug in einem sonstigen Notfall befindet. Drohnen, Kampfhelikopter oder «leichte Kampfflugzeuge» (Idee der SP) können diese Kontrolle nicht durchführen, da sie entweder viel zu langsam sind oder keine visuelle Überprüfung eines verdächtigen Flugobjekts vornehmen können. Deshalb braucht es Kampfflugzeuge. Es wäre auch äusserst peinlich, wenn die reiche Schweiz ihren Nachbarländern mitteilen müsste, dass sie nicht mehr in der Lage ist, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen (Schutz des eigenen Luftraums) nachzukommen.

Schutz von internationalen Konferenzen

Der Schutz des Luftraums ist besonders bei Uno-Konferenzen, dem WEF oder während Sportveranstaltungen (z.B. Fussball EM 2008) wichtig, weil dies in der heutigen Zeit Standard ist. Sollte die Schweiz nicht mehr dazu in der Lage sein, müssten wohl viele Anlässe wie das WEF abgesagt werden. Die Schweiz würde sich damit automatisch international isolieren und auch der gute diplomatische Ruf der Schweiz wäre zerstört.

Die Luftwaffe ist ein wichtiger Bestandteil der Armee

Die Luftwaffe ist auch für die Bodentruppen sehr wichtig. Moderne Kriege wie der Krieg in Syrien zeigen, dass die Lufthoheit entscheidend ist. Wenn der Gegner die Lufthoheit erlangt, sind die Bodentruppen schutzlos. Ohne Kampfflugzeuge ist eine Verteidigung des Luftraums nicht denkbar, somit wäre unsere Restarmee sinnlos. Die Meinung, dass ein zukünftiger Konflikt «nur» als Cyberkrieg im Netz geführt würde, erachte ich als absurd. Der «Cyberkrieg» ist nur eine zusätzliche Kampfdimension die hinzukommt. Wir leben auf einem Kontinent, auf dem über 2'000 Jahre lang Kriege und bewaffnete Konflikte ausgetragen wurden. Die Vorstellung, dass wir in den nächsten 50 Jahren sicher niemals in einen Krieg hineingezogen werden können, halte ich für naiv, unrealistisch und gefährlich.



Es klingt vielleicht pessimistisch, aber mit einem Blick in die Nachrichten ist die Frage nicht ob, sondern wann es einen neuen Krieg in unserer Nähe geben wird.

Alles oder nichts!

Wenn das Resultat dieser Abstimmung ein «Nein» sein sollte, wäre das ein Plebiszit. Die GSOA hat bis jetzt jede Abstimmung (ausser die Gripen-Abstimmung 2014) eindeutig verloren. Der Verteidigungsauftrag unserer Verfassung wäre damit endgültig Makulatur. Die Luftwaffe würde ab 2030 nicht mehr existieren, und eine neue Luftwaffe aufzubauen, würde sicher 20 Jahren gehen. Wer der Meinung ist, dass wir in einem Ernstfall 20 Jahre Vorlaufzeit hätten, weiss nicht, in welcher schnelllebigen Welt wir leben. Mit einem «Nein» ist also das ganze «System Armee» in Frage gestellt, und lautet die Abstimmungsfrage: «Wollen Sie, dass die Schweiz weiterhin eine Armee hat?» Wer diese Frage positiv beantwortet, muss «JA» stimmen.

Adrian Murer

Schweizerzeit
aktuell

Videobotschaften
der «Schweizerzeit»

www.schweizerzeit.ch

ansehen – weiterverbreiten

Mit der Macht des Wassers

hochpräzise schneiden



Waterjet AG | Mittelstrasse 8 | CH-4912 Aarwangen
T +41 62 919 42 82 | info@waterjet.ch | www.waterjet.ch

WATERjet®

Bundesrätin Karin Keller-Sutter eifert, wettet und lamentiert «aus allen Rohren» gegen die Begrenzungs-Initiative – und lässt sich in ihrem Zorn zu gravierenden Fehlleistungen verleiten.

Dass sie lauthals dagegen zu Felde zieht, dass die Kontrolle über die Einwanderung wieder eigenständig, also durch Schweizer Behörden (genau das fordert die Begrenzungs-Initiative) wahrgenommen werden soll, dass die an Brüssel abgetretene Hoheit über unsere Landesgrenzen also zurück in eigene Verantwortung zu nehmen sei, ist nichts Neues. Ob sie sich unfähig fühlt, entsprechende Verhandlungen mit Brüssel zu führen? Oder ist sie, bereits vollumfänglich der Brüsseler Oberhoheit verfallen, ganz einfach nicht willens, Aufträge zu erfüllen, die Brüssel missfallen? Selbst dann nicht, wenn ihr diese Aufträge vom Souverän des eigenen Landes erteilt werden...

In ihren Tiraden gegen eine Initiative von Schweizer Stimmbürgern scheint ihr nun aber kühle Überlegung zunehmend abhanden zu kommen. So, wenn sie sich zur Schimpftirade hinreissen lässt, «ein Ja zur (Begrenzungs-)Initiative ist noch schlimmer als der Brexit».

In England hat sich das englische Volk in freier Abstimmung für den Brexit, für den Austritt Englands aus der Europäischen Union entschieden. Nicht zuletzt, weil die englische Bevölkerung die Personenfreizügigkeit, die dem Land Masseneinwanderung beschert hat, nicht länger hinnehmen wollte. Wie in aller Welt kommt eine Bundesrätin der neutralen Schweiz dazu, die Briten für diesen Entscheid massregeln, herabsetzen, beleidigen zu wollen? Haben Machtgier und Gel-

tungssucht der Bundesrätin den Verstand vernebelt? Glaubt sie, zur Europa-Schiedsrichterin berufen zu sein und Völker, die anderes als das ihnen von Brüssel Servierte beschliessen, zurechtweisen, ja beschimpfen zu müssen?

Oder – noch gravierender: Will sie wichtige laufende Verhandlungen zwischen Bern und London, die engere englisch-schweizerische Zusammenarbeit anstreben zwischen den bedeutenden Finanzplätzen beider Länder durchkreuzen – im Dienste Brüssels torpedieren? Beide Finanzplätze (die Aberkennung der «Börsenäquivalenz» durch Brüssel lässt grüssen) stehen bekanntlich

im Visier Brüssels! Erfolgt Keller-Sutters Breitseite gegen das englische Volk etwa gar einer Absprache mit Brüssel, auf dass Verhandlungen, die Brüssel nicht genehm sind, zum Scheitern gebracht werden?

Was immer ihr Motiv zu dieser schwerwiegenden, untragbaren Entgleisung ist: Frau Karin Keller-Sutter hat vor allem bewiesen, dass ihr unabdingbare Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen als Bundesrätin fehlen.

Ulrich Schlüer

Schlimmer als der Brexit?

Akzent

Churz & Bündig

Gegen schrankenlose, alle Corona-Vorschriften missachtende Party-Exzesse, wie notorisch in der Berner Reithalle, wie am Freitag, 21. August bis weit über Mitternacht auf der Zürcher Gemüsebrücke, wagen die Behörden nicht einzugreifen – obwohl aus solch ungezügelter Auswüchsen wohl die höchste Ansteckungsgefahr resultiert.

Dafür werden erneut die Ladenbesitzer schikaniert, die hochdiszipliniert alle Abstandsvorschriften sorgfältigst angeordnet und überwacht haben.

Das Tolerieren der hemmungslosen Vorschriften-Verächter zu beantworten mit ruinösen Vorschriften für Geschäftsinhaber: Das dokumentiert die Schwäche der Behörden und ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf die KMU-Wirtschaft der Schweiz. Die Online-Händler, die davon profitieren, reiben sich genüsslich die Hände. *us*

Ganztätige Veranstaltung des Protestantischen Vereins Kirche und Glaube

am Samstag, 19. September 2020,
im Zentrum Rämismühle,
Mühlestrasse 8,
8487 Rämismühle

- | | |
|------------------|---|
| 09.30 Uhr | Rahmenvertrag mit der EU, Referat von Dr. Ulrich Schlüer |
| 11.45 Uhr | Mittagessen für Angemeldete |
| 13.30 Uhr | Was steht im Koran und der Hadithe geschrieben? ... und die Botschaft von Jesus Christus, Referat von Willy Schmidhauser |
| 16.00 Uhr | Filmvorführung: Die unbequeme Wahrheit über den Islam |

Obligatorische Anmeldung bis 10. September 2020 an info@pvkg.ch oder an das Sekretariat PVKG, Laubeggstrasse 5, 9220 Bischofszell, Telefon: 071 640 01 30 / Fax: 071 640 01 31

PAMAG

M e t a l l b a u

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen.

Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Eine Bundesrätin auf Abwegen



Am kürzlichen «Tamedia-Abstimmungsforum» hat Bundesrätin Keller-Sutter einmal mehr behauptet, die Begrenzungs-Initiative bringe unweigerlich die Kündigung der sogenannten Bilateralen I, u.a. der Personenfreizügigkeit und des Schengenabkommens.

In Tat und Wahrheit verpflichtet die Begrenzungs-Initiative den Bundesrat dazu, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit innert eines Jahres neu und «Schweiz-verträglich» auszuhandeln. Erst wenn der Bundesrat dieses Ziel nicht erreicht, würden die insgesamt sieben Abkommen aufgrund der «Guillotine-Klausel» der Kündigung anheimfallen. Aber auch das ist äusserst unwahrscheinlich, denn die EU profitiert von den Abkommen mehr als die Schweiz. Der seinerzeitige Chef-Unterhändler Schweiz-EU, Staatssekretär Ives Rossier, hat dies vor einigen Jahren an einer Tagung des Schweizerischen Gewerbeverbandes bestätigt: *«Die EU hat kein Interesse daran, die bilateralen Verträge zu kündigen. Und sie wird sie auch nicht kündigen.»* Sollte die Kündigung dennoch Tatsache werden, so könnten wir dies durchaus verkraften, denn die Markbeziehungen Schweiz-EU werden weitgehend durch das Freihandelsabkommen von 1972 geregelt.

Entscheidend ist: Wir müssen die ungebremste Zuwanderung endlich in den Griff bekommen und selbst regeln können, wer in unser Land kommen darf. Sonst wird die 10- oder gar 12-Millionen-Schweiz mit immer mehr Verbetonierung, Verkehrschaos, fremden Kulturen (die unser Rechtssystem missachten und Parallelgesellschaften bilden), Wohlstandsverlust, sozialen Ansprüchen und Kriminalitätsimport in absehbarer Zeit Tatsache. Nach einer ähnlich massiven Zuwanderung im Lauf der 1960er Jahre hat die Schweiz diese von 1970 bis 2007 mit einem Kontingentsystem problemlos und erfolgreich gebremst.

Nicht zu verantworten ist zudem, dass Frau Keller-Sutter die Begrenzungs-Initiative mit der sogenannten Überbrückungsrente (sprich Entlassungsrente) für ältere Arbeitslose aushebeln will. Denn diese Rente, die vom Steuerzahler zu finanzieren wäre, würde vor allem Grosskonzerne, die oft von ausländischen Managern geleitet werden, erst recht dazu animieren, ältere Schweizerinnen und Schweizer auf die Strasse zu stellen und durch jüngere billigere Zuwanderer aus der EU zu ersetzen. Um das ganze Unheil abzuwenden, gibt es nur eine Antwort: Ein überzeugtes Ja zur Begrenzungs-Initiative!

Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin SVP, Küsnacht ZH



Corona

- Die Corona-Krise zeigte, dass das Konzept der EU-Personenfreizügigkeit ein an Funktionärsschreibtischen erfundenes Schönwetterkonstrukt ist, das sich in keiner Art und Weise als krisentauglich erwiesen hat.
- Gemäss Schengen wäre Brüssel zuständig für die Sicherung der EU-Aussengrenzen.
- Aber Brüssel wusste nicht einmal, dass 300'000 Chinesen, die in Norditalien arbeiteten und lebten, noch Reisefreiheit nach China – selbst nach Wuhan – hatten, als dort die Corona-Pandemie ihrem Höhepunkt zutrieb.
- Neuerdings respektiert nicht einmal mehr Frankreich die Bestimmungen der EU-Personenfreizügigkeit.
- Die ganze EU weiss: Allein Bundesbern zeigt den EU-Funktionären in Sachen Personenfreizügigkeit noch Gefolgschaft. Kaum ein Land, das der Personenfreizügigkeit nicht mit ernststen Bedenken begegnet und Teile davon ganz einfach nicht mehr befolgt.

Deshalb am 27. September

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Offene Türen für osteuropäische Bettlerbanden



Wer kennt es nicht? In jeder grösseren Stadt werden wir von Zeit zu Zeit mit der Frage «Hesch mr e Schtutz?» angegangen. In «normalen Zeiten» hält sich diese Belästigung in Grenzen, und man hat auch Mitleid. Seit Juli 2020 ist im Kanton Basel-Stadt ein revidiertes Übertretungsstrafgesetz in Kraft. Dieses sieht vor, dass das Betteln grundsätzlich erlaubt ist. Nur noch das organisierte Betteln, also zum Beispiel durch osteuropäische Bettelbanden, ist verboten.

Seit Inkraftsetzung dieses Gesetzes hat sich die Situation jedoch verschärft. Mit der von den linken Parteien beschlossenen Aufhebung des Bettelverbots wurden Tür und Tor für osteuropäische Bettelbanden geöffnet. Obwohl die Polizei und die SVP davor gewarnt haben, ist das eingetreten, was wir vorhergesagt haben: Die Fülle an Bettlern ist beachtlich und stört Passanten, das Gewerbe aber auch Touristen massiv.

Städte und Gemeinden tun also gut daran, das Bettelverbot keinesfalls aufzuheben. Das Negativbeispiel Basel zeigt, dass sich durch die Lockerung das «Geschäft» für

diese Banden deutlich erleichtert hat. Ihr „Arbeitsmodell“ kann nur durch ein konsequentes Fernhalten durchbrochen werden. Die Banden müssen das Geld ohnehin an Hintermänner abgeben und haben gar nichts davon. Man heilt – entgegen linken Behauptungen – keine Armut damit.

Bezeichnend ist, dass diese organisierten osteuropäischen Bettelbanden so leicht in die Schweiz einreisen können. Basel, als Grenzstadt, ist prädestiniert dafür. Offene Grenzen und wenig Kontrollen sind eine willkommene Einladung. Sind sie erst einmal in der Schweiz, scheint sich kaum jemand für ihren Aufenthaltsstatus zu interessieren. Das geltende Freizügigkeitsabkommen mit der EU sieht eigentlich vor, dass ein Aufenthalt ohne Arbeitsstelle nicht unbegrenzt möglich ist. In der Theorie hätten die Behörden schon heute eine gewisse Handhabe. Die Praxis zeigt aber, dass die Einreise und der Verbleib in der Schweiz durch die Polizei – mangels Ressourcen und einer Vielzahl von andern Aufgaben – kaum effektiv kontrolliert werden. Kein Wunder, dass angesichts dieser Rahmenbedingungen und einer irrlüchternen Linken Basel-Stadt der kriminellste Kanton der Schweiz ist.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

«Es sagte» ... Wettbewerb

<<EIN MARXISTISCHES SYSTEM ERKENNT MAN DARAN, DASS ES DIE KRIMINELLEN VERSCHONT UND DEN POLITISCHEN GEGNER KRIMINALISIERT.>>

Diese Aussage stammt von:

- ☐ A Alexander Solschenizyn, russischer Dichter
- ☐ B Winston Churchill, englischer Kriegspremier
- ☐ C Andrej Sacharow, Gegner der Sowjetdiktatur
- ☐ D Ernst Cincera, kämpferischer Antikommunist

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 2. September 2020, an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 17 vom 11. September 2020.



Das Büro Ha deckt auf!



Ein Rückblick in Sachen Ausschaffungen. Die Umsetzungsvorlage wurde am 1.10.2016 in Kraft gesetzt. Geschehen ist nichts. Während Jahren wurden die effektiven Zahlen vom Bundesrat absichtlich verschwiegen. In jeder Session hat Nationalrat Toni Brunner die Zahlen der Wegweisungen verlangt und nie erhalten! Alle Ausreden dieser Welt wurden vorgebracht. Der «Begriff «Strichli-Liste» ist aus dieser Zeit allgemein bekannt. Aber nicht einmal dazu war man fähig.

Zehn Jahre nach der Annahme der Ausschaffungs-Initiative ist klar, dass nichts umgesetzt und der Volkswille schlicht missachtet wurde. Von einer verlässlichen Statistik keine Rede. 2019 wurden gemäss Statistik angeblich 2883 Ausländer verurteilt, für deren Taten die Ausweisung zwingend wäre. Tatsächlich hat das aber nur bei etwa der Hälfte stattgefunden. Fast 50 Prozent «geniessen» die Vorteile des Lari-Fari-Vollzuges.

Fassen wir zusammen: Chaos in Reinkultur. Mit Annahme der Begrenzungs-Initiative wird dieser Zustand endlich korrigiert.

Tis Hagmann

Härtefälle à discrétion?

Von wegen pfefferscharf ...

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt



Im Oktober 2010 haben Volk und Stände die Initiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» angenommen sowie den Gegenentwurf verworfen, der die Initiative weitgehend verwässert hätte. Danach hat der Bundesrat eine Umsetzung vorgeschlagen, die ziemlich genau dem verworfenen Gegenvorschlag entsprach.

Deshalb hat die SVP die Durchsetzungsinitiative lanciert, wobei es primär um die umstrittene «Härtefallklausel» ging. Im Abstimmungskampf haben sich die Mitte/links-Parteien dafür stark gemacht, dass der Strafrichter im Einzelfall einen ausländischen Straftäter vor dem Landesverweis bewahren könne. Der damalige FDP-Präsident Philipp Müller versprach eine «pfefferscharfe» Umsetzung, und SP-Ständerat Daniel Jositsch, Professor für Strafrecht an der Uni Zürich, prophezeite im Abstimmungskampf, dass nur sehr wenige ausländische Verurteilte wegen der Anwendung der «Härtefallklausel» unser Land nicht verlassen müssten.

Dieses süsse Gift hat seine Wirkung nicht verfehlt, und prompt hat der Souverän die «Durchsetzungsinitiative» im Februar 2016 an der Urne versenkt. Heute, zehn Jahre nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative, ist die Ernüchterung gross. Das Volk hat der Ausschaffung von kriminellen Ausländern zugestimmt und war einverstanden damit, dass dem Richter die Möglichkeit erhalten blieb, in sehr speziellen Einzelfällen einen Landesverweis nicht zu vollziehen. In der SRF-Elefantenrunde der Parteipräsidenten am Abend der verlorenen Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative, sagte der frühere SVP-Präsident Toni Brunner, dass er den Initiativgegnern nicht traue und eine «Strichliliste» erstellen werde, um später zu dokumentieren, wie viele bzw. wie wenige kriminelle Ausländer effektiv unser Land verlassen müssten.

Toni Brunners Strichliliste wurde nun vom Bundesamt für Statistik veröffentlicht. Mit beschämendem Ergebnis: Rund 42 Prozent jener Ausländer, die unser Land wegen eines Verbrechens zwingend hätten verlassen müssen, sind nach wie vor hier. Ich erinnere mich noch gut an die damalige Abstimmungs-Arena im Schweizer Fernsehen zur «Durchsetzungsinitiative», zu der ich als Fachexperte eingeladen war. Auf meinen Einwand, dass die «Härtefallklausel» zur «Normalfallklausel»

mutieren dürfte, reagierte die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga als damalige Justiz- und Polizeiministerin recht säuerlich, verteidigte die Richterschaft und säuselte von «Ausgewogenheit und Augenmass».

Jetzt, wo die nackten Zahlen vorliegen, fängt das Herumdeuteln und Interpretieren an, sowie der Streit darüber, ob die Zahlen von allen Kantonen richtig erfasst worden seien. Dass die 58 Prozent nicht ausgeschafften Ausländer auf einen nur annähernd akzeptablen Prozentsatz sinkt, der als «pfefferscharf» bezeichnet werden kann, ist ausgeschlossen.

In Artikel 66a des Schweizerischen Strafgesetzbuches zum zwingenden Landesverweis ausländischer Straftäter heisst es unter Absatz 2, dass das Gericht ausnahmsweise von einer Landesverweisung absehen kann. Wer die heutigen Begründungen für «Härtefälle» sieht, hat nicht das Gefühl, dass die involvierten Richter diesen Strafgesetz-Artikel gelesen und sogar verstanden haben. So hat das Bundesgericht entschieden, dass ein 32-jähriger Täter aus Kosovo nicht ausgeschafft werden könne, weil seine Intelligenz der eines 9- bis 12-jährigen Knaben entspreche. Dennoch konnte der angeblich «zurückgebliebene» Täter mehrere Straftaten (u.a. Gefährdung des Lebens) begehen. Zudem beging er verschiedene Verkehrsdelikte und war – trotz dem Entwicklungsstand eines 9- bis 12-Jährigen – im Besitz eines gültigen, schweizerischen Führerausweises (!) Und in einem weiteren Fall durfte ein verurteilter Straftäter in der Schweiz bleiben, weil er in seinem Herkunftsland keine Perspektive habe. Die Frage, ob die Richter dem Verurteilten die «Lebensperspektive» belassen wollten, in unserem Land weiterhin Straftaten begehen zu können, hat das Gericht leider nicht beantwortet.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Millionen zahlen für wenige?

Nein zum teuren Vaterschaftsurlaub

Darum sagen wir 6x Nein:

1. NEIN zu immer mehr Lohnabgaben.

Uns allen bleibt immer weniger vom Lohn, weil immer mehr vom hart erarbeiteten Geld für Abgaben und Sozialversicherungen abgezogen wird. Und nun sollen Angestellte und Arbeitgeber nochmals jährlich rund 250 Millionen Franken abgeben.

2. NEIN, damit nicht alle für einige wenige zahlen müssen!

Mit der neuen Sozialversicherung müssen wir alle mit Lohnprozenten dafür zahlen, damit einigen wenigen 2 Wochen Ferien bezahlt werden, wenn sie Vater werden. Unsere Sozialwerke AHV und IV sind langfristig nicht finanziert. Teure Krankenkassenprämien belasten die Bevölkerung. Die Corona-Krise verursacht bei den Sozialwerken und beim Bund Milliarden-Schulden. Und nun sollen wir noch für eine weitere Sozialversicherung für Männer zahlen, die Vater werden?

3. NEIN zur weiteren Belastung unserer verschuldeten Sozialwerke!

Wir stecken in einer tiefen Wirtschaftskrise. Ein staatlich verordneter Vaterschaftsurlaub ist ein nicht finanzierbarer Luxus! Auf diesen teuren Leistungsausbau muss klar verzichtet werden.

4. NEIN zu weiteren Belastungen für KMU und Gewerbe.

Unsere KMU und Gewerbebetriebe leiden bereits heute unter hohen Kosten. Und nun sollen sie auch noch 2 Ferienwochen für Väter bezahlen. Das zerstört die Konkurrenzfähigkeit.

5. NEIN, damit Grosskonzerne ihre Kosten nicht auf die Kleinen abwälzen!

Viele Grosskonzerne haben den bezahlten Vaterschaftsurlaub freiwillig eingeführt, weil sie sich das mit ihren Milliarden Gewinnen leisten können. Nun wollen sie die Kosten für ihre Luxusleistungen auf uns alle abschieben!

6. NEIN zu noch mehr staatlicher Einmischung in die Familie.

Mütter und Väter bestimmen eigenverantwortlich und nach ihren Bedürfnissen, wie sie ihre Kinder betreuen wollen.



Das Büro Ha deckt auf!



Die Personenfreizügigkeit höhlt unser Sozialsystem aus. Im Jahre 2019 waren von allen Arbeitslosen 69 Prozent Fachkräfte. Wo ist also der Fachkräfte-Mangel? Im Gastgewerbe suchten 9'475 Arbeitslose eine Stelle, dennoch wanderten 6'542 Migranten genau in diesen Bereich ein! Nur gerade 20 Prozent der Zuwanderer haben eine Berufsqualifikation als «Fachkraft» oder «Facharbeiter». Der Rest ist noch «entwicklungsfähig». Das ist also die Wirklichkeit der «Fachkräfte-Zuwanderung», die uns die Linken, Grünen und die FDP vorlügen.

*

Da gibt es also eine Chefin Sicherheitspolitik im VBS. Frau Pälvi Pulli. Wir zitieren einige Sprüche von ihr: «Ich bin gegenüber der Frauenförderung in der Sicherheitspolitik aufmerksamer geworden.» Müssen wir das wissen? «Mit der zunehmenden Berufserfahrung wird man sich bestimmter Stereotypen im Alltag bewusst.» Aha, andere Kader müssen Erfahrung mitbringen. Die weiteren Worthülsen sind nicht schreibwürdig. Fazit: Die Verantwortliche für «Sicherheitspolitik» befasst sich mit Frauenfragen, hat wenig Dossierkenntnis und lässt die dringendsten Angelegenheiten liegen. Unbrauchbar.

*

Siehe da, die «Alpen-Prawda» (NZZ) hat für einmal plötzlich den Mut, die Wahrheit zu verbreiten und stellt fest, es müssten «allenfalls, eventuell und unter bestimmten Umständen» maximal sieben Verträge mit der EU neu verhandelt werden. Aha, das wissen wir schon seit Jahren. Aber die stets bestens frisierte Bundesrätin fährt mit ihren Lügensprüchen weiter. Wenn schon die NZZ endlich die Wahrheit schreibt, soll sich KKS doch einmal dort informieren. Dann könnte sie ihre Dossierkenntnisse auf Vordermann bringen.

Tis Hagmann

Überparteiliches Komitee gegen immer mehr staatliche Abgaben, Postfach 3166, 8034 Zürich

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Quoten-Gesellschaft?

Erst Wissen und Können schaffen geistige Unabhängigkeit. Ein Mensch ohne Wissensfundus und Basis-können wäre das Lieblingsobjekt eines jeden Diktators oder Demagogen. Er wäre verführbar für jede Lüge

Zu viel ist zu viel!

Die EU-Zuwanderer erdrücken die Schweiz, es ist die Masse, die zu Problemen führt. Die Schweiz zerbricht unter der Last der Massenzuwanderung. Eine Million Zuwanderer in dreizehn Jahren erträgt unser kleines Land nicht. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit haben stets versucht weiszumachen, arbeitslose EU-Zuwanderer würden sofort in ihr Heimatland zurückkehren. Wir dagegen haben schon immer davor gewarnt, dass das Gegenteil eintreten würde. Und gerade jetzt in der Krise sehen wir es überdeutlich: Die Zuwanderer bleiben meist hier und profitieren von unserem wohlausgestatteten Sozialsystem.

Die Folgen für unser Land sind katastrophal: Seit 2007 sind rund eine Million Menschen zusätzlich in unser kleines Land gekommen. Das sind Jahr für Jahr rund 75'000 zusätzliche Zuwanderer (davon allein aus der EU 50'000). Das bedeutet: Die Bevölkerung wächst jedes Jahr um die Grösse der Einwohnerzahl von St. Gallen! Das hält kein kleines Land aus! In Europa hat fast kein anderes Land einen so hohen Ausländeranteil wie die Schweiz. Laut Zahlen der OECD sind an unseren Schulen Kinder mit Migrationshintergrund bereits in der Mehrheit. Es gibt Agglomerationsgemeinden, in denen bereits über 80 Prozent der Schüler zu Hause keine unserer Schweizer Landessprachen sprechen. Wie kürzlich in der Sonntagspresse zu lesen war, werden wir Schweizerinnen und Schweizer langsam zur Minderheit, weshalb uns ein Soziologe rät, wir müssten Integrationskurse machen, damit wir nicht zu Verlierern im eigenen Land werden! Geht's noch?!

(www.begrenzungsinitiative.ch, 12.08.20)



**Zu viel
ist zu viel!**

JA+
zur Begrenzungs-
initiative

und Halbwahrheit; er wäre anfällig für jedes Angstmachen und für jedes Propagieren von Vorurteilen. Deshalb ist der unwissende oder gar mit Lügen indoktrinierte Mensch das Ziel totalitärer Systeme, die alles Mögliche weismachen wollen und die alles vorgeben wollen: Eben auch Vorurteile. Nicht umsonst nennt George Orwell in seiner Dystopie «1984» als einen der drei Wahlsprüche des Wahrheitsministeriums (des «Miniwahr»): «Unwissenheit ist Stärke!» Vulgo: Ein dummes (verdummes) Volk regiert sich leichter.

(Josef Kraus, *Tichys Einblick*, 6. Juli.2020)

Rezession

«Was auf uns zukommt, ist deutlich schlimmer als das Grounding der Swissair», sagt der Klotener Stadtpräsident René Huber. «Die Krise bahnt sich schleichend an – wir sehen heute erst die Vorboten. Doch der Einbruch wird drastisch ausfallen.» 20'000 Einwohner zählt die Stadt Kloten, sie bietet aber 36'000 Arbeitsplätze – von denen 30'000 von der Luftfahrt abhängig sind.

Dass die Flughafenregion besonders anfällig auf Krisen reagiert, weiss Huber aus eigener Erfahrung. Den Untergang der Swissair 2001 erlebte er als Finanzvorstand von Kloten. «Im Gegensatz zum Grounding wird diese Rezession aber viel länger andauern. Somit müssen wir uns auf magere Jahre einstellen.»

(NZZ am Sonntag, 9. August 2020)

EU-Rahmenvertrag

Das im geltenden Vertragswerk (in den Bilateralen – Zusatz Red.) gefundene Gleichgewicht zwischen dem Erhalt staatlicher Souveränität und Marktzugang geht nämlich im vorliegenden Entwurf des InstA zuungunsten der Schweiz verloren. Natürlich gibt es keine absolute Souveränität, und auch im heute bestehenden Vertragswerk mussten souveränitätspolitisch relevante Kompromisse eingegangen werden: Die dynamische Rechtsübernahme im Schengen- und im Luftverkehrsabkommen oder der unschöne Kündigungsautomatismus (Guillotineklausel) in den Bilateralen I. Aber der nun vorgesehene Einbezug des Europäischen Gerichtshofs in das neue Streitbeilegungsverfahren, die systematische Dynamisierung aller Marktzugangsabkommen ohne Ausnahmen für vitale Bereiche und die Erweiterung der Guillotineklausel gehen souveränitätspolitisch zu weit. Der bilaterale Weg, wie wir ihn kennen, wird nicht erhalten, sondern – eigentlich ohne Not – grundlegend geändert.

Einige Punkte des InstA sollten daher neu ausgehandelt werden.

(Michael Ambühl, ehem. Staatssekretär, und Daniela S. Scherer; NZZ, 29. Juni 2020)

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 54)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Das Jahr 1998 wird für mich eine grosse berufliche Veränderung bringen: Am 1. April – kein Scherz – werde ich meine neue Tätigkeit als **Geschäftsführer der Auns** (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) in Bern antreten und in der Folge – wie auch das bisherige Amt des Parteisekretärs – während rund 13 Jahren mit Freude ausüben. Davon aber später.

*

Am 16. Januar 1998 findet einmal mehr die bereits legendäre Albigüetli-Tagung statt. Blochers Kernforderung lautet: **Volkswahl des Bundesrates!** Natürlich verbindet und begründet er die Forderung mit einem starken Plädoyer gegen den bundesrätlichen EU-Anpassungs- und Beitrittsdrang. «Statt die Faust im Sack zu machen, ist es besser, wenn das Volk Leute seines Vertrauens wählt! Die Persönlichkeitswahl des Bundesrates und seine Wiederwahl durch das Volk wäre eine echte Regierungsreform, wirksamer als ein paar neue Staatssekretäre, wirksamer als eine neue Bundesverfassung.»

Die Volkswahl des Bundesrates wäre zudem die Vollendung unserer direkten Demokratie. Denn neben den Exekutiven der Gemeinden (Gemeinderat) und Kantone (Regierungsrat) ist die Volkswahl auch für die Bundesexekutive logisch und folgerichtig. Und ganz entscheidend: Hintertreppen-Schmutzkampagnen, Mauscheleien und «Buebetrickli» wie sie bei Bundesratswahlen durch die Vereinigte Bundesversammlung leider keine Seltenheit sind, wären kaum mehr möglich.

Am 4. Juli 1998 gibt die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz grünes Licht für die Ausarbeitung einer Volksinitiative, aber aus verschiedenen Gründen wird die Initiative erst im Jahr 2010 lanciert.

Bereits im Vorfeld, im Februar 1998, muss ich zu diesem Thema meine erste Bewährungsprobe (auf Französisch) in einer Sendung des Westschweizer Fernsehens gegen den perfekt zweisprachigen Beat Kappeler bestehen. In der Folge kann ich die SVP-Anliegen oft am Westschweizer Radio und Fernsehen («Infrarouge»), im Tessin und hin und wieder auch in Italien bei Auslandschweizern vertreten. Denn die beste Sprachschule der Schweiz ist das Bundesparlament, wo ja im Plenum alles simultan in drei Sprachen übersetzt wird. Dabei kommt es immer wieder zu besonderen Begegnungen: In Florenz lerne ich einen italienischen General kennen, der mir seine Frau mit den Worten «Ecco il generale del generale!» vorstellt. Und bei einem italienischen TV-Sender ernte ich mit der Aussage «Vogliamo la cooperazione con l'UE – non vogliamo l'integrazione!» (Kooperation mit der EU, aber keine Integration) den Applaus der Moderatorin. (Udenkbar im Fernsehen SRF ...)

Zurück zur Bundesrats-Volkswahl: Nach intensivem Kampf wird am 9. Juni 2013 über die entsprechende Volksinitiative abgestimmt. Leider negativ. Denn viele Parlamentarier wollen nicht auf ihre Bedeutung als «Königsmacher» schon im Vorfeld der Wahlen verzichten – und auf den glanzvollen Tag, an dem sie ungeheuer wichtig sind, zu den Medien rennen und über Sein oder Nichtsein von Bundesräten entscheiden können. Ebenso wurde die Mär verbreitet, das Volk sei gar nicht in der Lage, über die hohen Damen und Herren in Bundesbern zu entscheiden – zudem würden die Mitglieder der Landesregierung bei einer Volkswahl nur noch Wahlkampf betreiben, statt uneigennützig für das Wohl des Landes zu sorgen. (Was sie ja heute offenbar tun...)

*

Von wegen «uneigennützig»: Einer, der sich in der Tat jahrzehntelang uneigennützig für das Wohl der Gemeinde, des Kantons und des Landes eingesetzt hat, ist zweifellos **Hans Hofmann** aus Horgen. Er wird am 20. März



Öffentlicher Vortrag von Christoph Riner, Grossrat

«Wollen wir eine 11-Millionen-Schweiz?»

Mittwoch, 2. September 2020, 20.15 Uhr
Hotel Krone, Lenzburg

ab 19.30 Uhr Apéro (Eintritt und Apéro gratis)

Vereinigung Medien-Panoptikum, Postfach 42, 5401 Baden



1998 von der Zürcher SVP für den durch Monika Webers Rücktritt freiwerdenden Sitz einhellig als Ständerat portiert. Parteipräsident Blocher würdigt ihn als «Persönlichkeit, der dank ihrer umgänglichen Art, ihrer klaren, wohl durchdachten Meinung und ihrer hohen Pflicht- und Arbeitsauffassung allseits grosser Respekt entgegengebracht wird.»

Seinerzeit in Horgen hochgeschätzter Schulpräsident, wird er nur darum nicht zum Gemeindepräsidenten gewählt, weil ihn viele Leute nicht als Schulpräsidenten verlieren wollen. Rasch wird er jedoch Kantonsrat und Fraktionspräsident – und 1987 schlägt er in einer denkwürdigen Regierungsrats-Kampfwahl seinen von den Medien gehätschelten SP-Konkurrenten Elmar Ledergerber um 16'000 Stimmen. Als Regierungsrat führt er von 1987–91 die Polizei- und Militärdirektion – und ab 1991 die besonders anspruchsvolle Baudirektion. Letztere baut er zu einem modernen, kundenorientierten und nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführten Dienstleistungsunternehmen

um. 1995 verordnet er der Stadt Zürich nach langem Gezänk zwischen Stadtrat und Bauherr die «Bau- und Zonenordnung Hofmann» und zeigt damit dem linken Stadtrat, wo der Bartli den Most holt.

Im Hinblick auf die Ständeratswahl stellt Hofmann zum vornherein klar, dass «in Anbetracht der heutigen Geschäftslast ein Doppelmandat als Zürcher Regierungsrat und Bundesparlamentarier nicht vereinbar» sei und dass er sein Regierungsamt auf das Ende der Amtsdauer im Frühjahr 1999 so oder so niederlegen werde.

Und die Wahl am 7. Juni 1998 gelingt: Nach 10 Jahren Unterbruch zieht die Zürcher SVP mit Hans Hofmann wieder in den Ständerat ein. Er leistet bis zu seinem Rücktritt im Jahr 2007 als «Netzwerker ohne Allüren» und als «bodenständiger Diplomat» (NZZ) sowie als Mann mit staatsmännischem Format hervorragende Arbeit als Zürcher Standesvertreter.

Danke Hans Hofmann! Man wünscht sich mehr solche uneigennütze und kompetente Leute in der Politik.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

**Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Vorzugspreis bis Ende 2021: Fr. 90.–**

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Dienstag, 8. September 2020, 20.00 Uhr

Personenfreizügigkeit: Der Untergang Europas

Informationsveranstaltung zur Begrenzungs-Initiative
mit den Referenten Paul Mayer und Ulrich Schlüer
Restaurant Stube, Uf de Strass 1, 8460 Marthalen/ZH

Mittwoch, 9. September 2020, 19.15 Uhr

Das Verschwinden der Schweizer

Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag, 10. September 2020, 19.15 Uhr

«Brandrede zur Lage der Schweiz» / «Immer den richtigen Schutz»

Veranstaltung mit Referaten von Andreas Glarner, Nationalrat, und Stefan Holenstein, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau
Veranstalterin: sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE

Sonntag, 13. September 2020, 10.30 Uhr

Let's talk about!

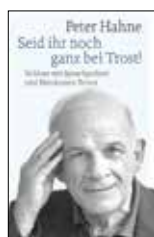
Drittes Polit-Jugend-Forum auf der Aare
On Board: Badehose statt Krawatte!
Mit den St. Galler Nationalräten Lukas Reimann und Mike Egger
Treffpunkt am Hauptbahnhof Thun/BE
Veranstalterin: Auns strong & free

Dienstag, 22. September 2020, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Degeneriert die Eidgenossenschaft zur links-grünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Hotel Monopol, Pilatusstrasse 1, 6002 Luzern

BESTSELLER



Seid ihr noch ganz bei Trost!

Schluss mit Sprachpolizei und
Bürokraten-Terror

Peter Hahne

Während die Welt einer den ganzen Erdball erfassenden Wirtschaftskrise entgegentaumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Gendergerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

Quadruga/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb.,
(Richtpreis Fr. 17.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60



Corona – Fehllarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern.

Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war wirklich gerechtfertigt – und was diente den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

AKTUELL



Vereinte Nationen gegen Israel

Wie die Uno den jüdischen Staat delegitimiert

Alex Feuerherdt, Florian Markl

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Rahmen der Uno die Entstehung des Staates Israel durchgesetzt und legitimiert.

Und Israel gelang es, sich in mehreren Kriegen gegen islamische Angreifer zu behaupten. Heute ist die Uno Haupttribüne der internationalen Polemik gegen Israel. Dies, weil jeder Staat, von dem Exponenten höhere Ämter in der Uno anstreben, nur zu genau weiss: Ohne Unterstützung der zahlreichen islamischen Staaten sind Uno-Spitzenämter nicht erreichbar. Deshalb lässt man den Uno-Machenschaften gegen Israel den Lauf. Ein neues Buch dokumentiert diese gefährliche Entwicklung.

Hentrich&Hentrich, Berlin 2018, 333 S., brosch.,
(Richtpreis Fr. 33.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.85

Büchertisch



Der Links-Staat

Enthüllt: Die perfiden Methoden der «Antifa» und
ihrer Helfershelfer in Politik und Medien

Christian Jung, Torsten Gross

Regierungsbehördlich verordnetes Meinungs-diktat greift um sich. Insbesondere den Informationen über Ausschreitungen und Gewalterruptionen in Städten wie Stuttgart und anderswo ist nicht mehr zu trauen. Weil der «Migrationshintergrund» der Täterschaft allzu oft Tatsache ist, sollen geschwurbelte Umschreibungen die Täterschaft tarnen. Dahinter verbirgt sich Regie. Regie welche von der wohlorganisierten Antifa-Bewegung mit all ihren Ablegern in Medien und Behörden ausgeht.

Kopp, Rottenburg 2016, 316 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 24.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 23.65



Du musst nicht perfekt sein, Mama!

Schluss mit dem Supermama-Mythos –
Wie wir uns von überhöhten Ansprüchen befreien

Margrit Stamm

Bestimmte Publizistik hat das Bild der «perfekten Mutter» formuliert. Die veröffentlichte Meinung orientiert sich daran – was rasch zur Aussage führt, die meisten Mütter seien «überfordert» – der Staat müsse sich vermehrt (oder ausschliesslich) der Kindererziehung annehmen. Margrit Stamm tritt dieser Meinung entgegen. Verstaatlichung der Familie darf nicht stattfinden. Die lebendige, nicht die von Bürokraten als «ideal» herbeigeschriebene Familie bietet dem Kind die besten Entwicklungschancen.

Piper, München 2020, 283 S., geb., (Richtpreis Fr. 25.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.25

SCHWEIZ

Faszinierendes Appenzellerland



Roland Gerth, Stefan Sonderegger

Gibt es ein eigenständigeres Volk in der Schweiz als die Appenzeller? Deren knorrige Eigenständigkeit prägt auch das Appenzellerland, das in einem neuen Bild- und Textband mit seinem ganzen Reichtum vorgestellt wird. Eine Einladung, das Appenzellerland immer wieder zu erwandern. Zumindest aus der Zentral- und Ostschweiz leicht erreichbar, bietet das Appenzellerland auch kulturell dem Besucher Einzigartiges und Unvergessliches.

AS-Verlag, 2019, 165 S., Grossformat, geb., reich ill.,
(Richtpreis Fr. 48.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 45.60

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Metropol

Eugen Ruge

Im Hotel Metropol zu Moskau wurden zu Stalins Zeiten jene deutschen Kommunisten einquartiert, die vor dem Nationalsozialismus geflohen waren, den Sowjets zunächst willkommene Dienste leisteten – dann aber in bedeutender Zahl ins Visier von Stalins todbringender Säuberungspolitik gerieten. Eine deutsche Kommunistin, die zunächst begeistert in der Komintern, im sowjetischen Nachrichtendienst mitarbeitete, dokumentiert ihre wachsende Angst vor Stalins Zuschlag: Von ihrer Isolation, vom Verlust ihrer Arbeitsstelle, von sichtbarem Getuschel ehemaliger Berufskolleginnen und -kollegen, vom Erlebnis, wie andere Metropol-Bewohner in der Nacht verhaftet und weggeführt wurden – ohne dass je wieder Spuren von ihnen aufgetaucht wären. Wie Terror Menschen zermürbt, mit welcher Systematik Stalin Terror-Methoden durchgesetzt hat – das wird in diesem Beklemmung auslösenden Hörbuch eindringlich vermittelt. Ein Zeitzeugnis von nachhaltiger Aussagekraft.

Argon, Berlin 2019, 3 MP3-CDs, Laufzeit 12 Std., 27 Min.,
(Richtpreis Fr. 38.50) Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 36.60

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Greta-Mania

Jugend im Klima-Wahn

Regina Zeppelzauer

Die Welt wird Zeugin eines Kinder-Kreuzzugs, gipfelnd in den von Greta Thunberg ausgerufenen Fridays for Future-Manifestationen – ganz so als wäre Schule-Schwänzen bereits eine Leistung. Gretas Katastrophen-Rhetorik – beweihräuchert von unkritischen Medien sowie linken und grünen Politikern – dominierte monatelang alles Geschehen rund um den Erdball. Unrealistische Forderungen wurden erhoben, Drohungen und Weltuntergangs-Szenarien präsentiert. Wer Zweifel äussert, wird als «Klimaleugner» diffamiert. Wer steckt hinter der weltumspannenden PR-Kampagne, die mit Greta Thunberg als Leitstern Wirtschaftsleistungen derart diffamiert, dass ganze Volkswirtschaften mitsamt den von ihnen abhängigen Völkern in ihrer Existenz bedroht werden?

Eine kritische Journalistin analysiert den Greta-Kreuzzug – und gelangt zu aufrüttelnden, teils erschütternden Ergebnissen und Erkenntnissen.

us

Regina Zeppelzauer: «Greta-Mania – Jugend im Klima-Wahn».
Verlag Frank&Frei, 2020, 250 S., brosch., ill.,
(Richtpreis Fr. 33.30) Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.65

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- ☐ Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost! à Fr. 16.60
☐ Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm à Fr. 19.85

Aktuell

- ☐ A. Feuerherdt, F. Markl – Vereinte Nationen ... à Fr. 31.85
☐ C. Jung, T. Gross – Der Links-Staat à Fr. 23.65
☐ Margrit Stamm – Du musst nicht perfekt sein ... à Fr. 24.25

Schweiz

- ☐ R. Gerth, S. Sonderegger – Appenzellerland à Fr. 45.60

Hörbuch

- ☐ Eugen Ruge – Metropol à Fr. 36.60

Buchzeichen

- ☐ Regina Zeppelzauer – Greta-Mania à Fr. 31.65

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(16/28.08.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 28. August 2020 **Stammtisch-Live** **Masseneinwanderung: Wo die Schweiz an ihre Grenzen kommt**
Mit Maria Wegelin, Gemeinderätin Stadt Winterthur, und Lukas Huber, Sekretär JSVP SG

Freitag, 4. September 2020 **Landmann-Talk** **Mit Umsicht zum Erfolg – Roger Liebi, Mitglied Präsidium ZKB**
im Gespräch mit Valentin Landmann

Freitag, 11. September 2020 **Magazin** **Überraschungssendung**

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel

Freitag, 28. August 2020 **Stammtisch** **Überraschungssendung**
17.00 Uhr

Freitag, 28. August 2020 **Stammtisch-Live** **Masseneinwanderung: Wo die Schweiz an ihre Grenzen kommt**
21.00 Uhr Mit Maria Wegelin, Gemeinderätin Stadt Winterthur, und Lukas Huber, Sekretär JSVP SG



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

11. September 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Vorverurteilt

Es gibt Einfacheres im Leben, als sich öffentlich zu einer national-konservativen, rechten Partei zu bekennen. So wird jeder, der in der Schweiz für die SVP in den Ring steigt, schon relativ bald merken, dass er von Medien und Meinungsmachern nicht zu «den Guten» gezählt wird. Wer über einen soliden beruflichen Hintergrund und sympathisches Auftreten verfügt, kann es trotzdem – oder erst recht – zu Anerkennung und Beliebtheit im Volk bringen.

Vom Mainstream hofiert und wohlwollend begleitet wird in der Regel aber nur, wer sich vom politischen Gegner instrumentalisieren lässt, sich in wichtigen Fragen von der Partei abgrenzt oder lautstark gegen Parteikollegen wettet. Leider können diesen Avancen nicht alle widerstehen.

Wer hingegen einen scharfen rechten Kurs fährt und konsequent die Partei-DNA verkörpert und mitprägt, muss mit reichlich Gegenwind rechnen. Kein Wunder also, dass es eine besondere Portion Mut und Charakterstärke voraussetzt, diesen Weg einzuschlagen. Nicht alle können und wollen sich deshalb «für die rechte Sache» exponieren und beugen sich damit dem gesellschaftlichen Druck. Hält man sich die Schmuckkampagnen und Intrigen vor Augen, denen sich rechte Politiker und Aktivisten ihrer Gesinnung wegen laufend ausgesetzt sehen, kann man es denen nicht verübeln, die sich dies nicht antun wollen. Da ist es auch ein

schwacher Trost, zu wissen, dass Rechts-Konservatismus in manchen europäischen Staaten noch stärker dämonisiert wird als bei uns. Man schaue nur auf die AfD, deren Exponenten mit teils geradezu kriegesischen Methoden (tätliche Angriffe, gesellschaftliche Vernichtung) konfrontiert werden.

Zu welch drastischen Mitteln politische Widersacher zu greifen imstande sind, bekam der ehemalige FPÖ-Chef und österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu spüren, der in Ibiza durch eine hochprofessionelle Vernichtungs-Operation in die Falle gelockt wurde, die in 2019 seine gesamte Existenz kostete. Mag der «Fall Strache» doch ein Lehrbeispiel dafür sein, dass fehlende Demut, Leichtsinns und übersteigerte Hybris einen von ganz oben bodenlos tief fallen lassen können – die medialen Vorverurteilungen und Hetzkampagnen gegen Strache sind eng mit dessen politischer Gesinnung verknüpft.

Auch wenn neu veröffentlichte Protokolle des ominösen Ibiza-Videos Strache nun weitgehend entlasten, wird der Schaden für ihn nur schwer zu beheben sein. Ein Mahnmal – auch für uns Schweizer, die wir uns nicht in falscher Sicherheit wännen dürfen. Um für bedrohlich gehaltene Rechte auszuschalten, ist auch hierzulande so einiges nicht gänzlich undenkbar ...

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**